

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungssliste Nr. 4627) vierteljährlich 2,10 Mk., für 2 Monate 1,40 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. zzgl. Postgeb.

Redaktion: Tauscher Str. 10/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.
Telephon 2721.
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die 5spaltige Zeile oder deren Raum mit 25 Pfg. für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pfg. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr. — Aufgebundene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauscher Straße 10/21. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen.

Innere Politik.

Leipzig, 24. April.

Unter dem aufregenden, erst in froher Hoffnung und dann in schmerzlicher Enttäuschung aufregenden Eindruck der belgischen Ereignisse ist die innere Politik ein wenig ins Hintertreffen geraten, und man kann auch nicht behaupten, daß aus ihr bedeutsame Ereignisse zu beleuchten gewesen wären. Die Verhandlungen der Zolltarifkommission schleppen sich hin, nicht ohne manche interessante Zwischenfälle, aber im ganzen als ein parlamentarischer Zeitvertreib, von dem jedermann weiß, daß er die endgültige Entscheidung nicht in seinem Schoße trägt. Die eigentliche „Arbeit“ der Brotwucherer vollzieht sich hinter den Kulissen, und auf diese Arbeit fällt allerdings einiges Licht durch den junkerlichen Krieg um den Bahnhof in Homburg und die Diätenvorlage, die dem Reichstage zugegangen ist.

Trotz aller beschönigenden Redensarten der Kreuzzeitung unterliegt es keinem Zweifel, daß die konservative Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses ein trugbürtiges Junkerstücklein auszuüben versuchte, als sie die Mittel für den von der Krone gewünschten Umbau des Bahnhofs in Homburg verweigerte. Das Sprichwort sagt zwar, daß kleine Geschenke die Freundschaft unterhalten, aber die Junker sind der Meinung, daß unter Umständen auch die Verweigerung kleiner Geschenke die Freundschaft zu erhalten geeignet ist. Sie schreiben nicht mehr in nächstlicher Stunde hochverräterische Sprüche an die Thüre ihrer Fürsten, allein sie sagen nicht minder deutlich in öffentlicher Parlaments-sitzung: Hand wird nur von Hand gewaschen; wenn du nehmen willst, so gib! Sie haben mit dieser Praxis bisher auch immer gute Geschäfte gemacht, viel bessere als die liberale Bourgeoisie mit der entgegengesetzten Praxis, die sie jetzt auch wieder in Sachen des Homburger Bahnhofs angewandt hat, um die Junker in der Gunst der Krone anzuklopfen.

Einen Augenblick zwar schien es, als ob das junkerliche Muster einen gewissen Eindruck auf die liberale Fraktion mache, und selbst die alte gemächliche Tante Voh beschwor den Schatten Biegler, der einmal gesagt hat, der Liberalismus solle sich doch nur mit dem trohigen Selbstvertrauen des Junkertums erfüllen, dann würde er es so weit bringen wie dieser. Aber das geht nun einmal wider die liberale Natur, und nachdem erst die nationalliberale Fraktion den vergeblichen Versuch gemacht hatte, den Wunsch der Krone zu erfüllen, gelang es einem der anderthalb Duzend Freisinnigen, die im preussischen Abgeordnetenhause sitzen, durch einen, wie ihre Parteipresse bewundernd sagt,

„geschickten“ Schachzug wenigstens halb und halb die Forderung für den Homburger Bahnhof durchzusetzen. Die Krone hat nun also den handgreiflichen Beweis, wo ihre „wahren Freunde“ sitzen; aber es steht zu fürchten, daß der junkerliche Groll für sie ein sehr viel bedeutsameres Item darstellt, als die freisinnige Dienstbeflissenheit, und die Junker selbst werden sich über die anmutige Konkurrenz hinwegsetzen mit Bismarcks Sprüchlein: „Vor laß' id äwer!“

Wichtiger als dieser Zwischenfall im preussischen Abgeordnetenhause ist die Diätenvorlage, die dem Reichstage zugegangen ist. Graf Posadowsky brachte von seiner Osterfahrt an die mitteldeutschen Höfe drei Ergebnisse mit, so weit sich aus den offiziellen Lobgefangen auf seine diplomatischen Erfolge sichere Schlüsse ziehen lassen. Erstens sollte es bei den agrarischen Böden der Regierungsvorlage bleiben, zweitens sollte das ultramontane „Patrimonium der Enterbten“ in der Besetzung verschwinden und drittens sollten keine allgemeine Diäten, sondern nur Tagegelber an die Mitglieder der Zolltarifkommission bewilligt werden. Von diesen Beschlüssen war der letzte insofern der wichtigste, als die ultramontane Presse mit größter Entschiedenheit erklärt hatte, ihre Partei werde auf allgemeine Diäten bereit sein, und diese Andeutungen erhalten eine starke Bestätigung durch den Gesetzentwurf, worin die Regierung jetzt für die Mitglieder der Zolltarifkommission eine Ausnahmeentschädigung von je 2400 Mark vom Reichstage beansprucht. Es ist zwar noch nicht gewiß, aber doch in hohem Grade wahrscheinlich, daß die edlen Grafen Bülow und Posadowsky diese Vorlage nicht eingebracht haben würden, wenn sie nicht die Zustimmung der „maßgebenden Partei“ in der Tasche hätten. Fällt das Centrum schon in dieser Frage um, bei der es mit einiger Geschicklichkeit immerhin einen kleinen, seinen Brotwucher beschönigenden Profit hätte heraus schlagen können, so ist ein neuer und zwingender Beweis dafür geliefert, daß der heutige Ultramontanismus nichts anderes ist, als Volksverrat an allen Ecken und Enden.

Auf eine Kritik der Diätenvorlage können wir an dieser Stelle verzichten, da wir das Wenige, was darüber zu sagen ist, schon wiederholt gesagt haben. Für die sozialdemokratische Partei hat die ganze Diätenfrage praktisch nur ein verhältnismäßig nebensächliches Interesse, wenn sie

prinzipiell auch für die Gewährung von Tagegeldern an die Volksvertreter eintreten muß und wird. Aber eben deshalb sind für sie Ausnahmediäten völlig unannehmbar, und sie würden es auch dann sein, wenn die Zolltarifkommission nicht an und für sich schon für so eminent volksfeindliche Zwecke besoldet werden sollte. Es liegt auf der Hand, wie sehr der Reichstag entwürdigt wird, wenn die Regierung ihm sagt: Verfassungsmäßige Tagegelber gebe ich dir nicht, aber wenn ich dich einmal für meine Interessen ausnutzen kann, so soll es mir auf ein verfassungswidriges Douceur nicht ankommen. Bei dem völlig un-zweideutigen Wortlaut des Reichsverfassungsartikels, der die Gewährung irgend einer Befoldung oder Geldentschädigung an die Reichstagsmitglieder verbietet, ist die Vorlage der Regierung verfassungswidrig und kann von diesem Schaden auch dann nicht geheilt werden, wenn Bundesrat und Reichstag ihr die Form eines Gesetzes geben. Diese Manier, sich über die Verfassung hinwegzusetzen, war der preussischen Landratskammer der fünfziger Jahre sehr geläufig; die Aera Bülow ist die plagierende Nachbeterin der Aera Mantuffel, jener „finstersten Reaktion“, vor der sich der deutsche Reichspatriot schauernd zu betreuigen pflegt.

Beiläufig wirst die Diätenvorlage auch ein blendendes Licht auf die mittelstaatlichen Regierungen, die nach der Versicherung ihrer allergetreuesten Hofdemokraten dem Grafen Posadowsky auf seiner Osterfahrt gerade in der Diätenfrage den Star gestochen haben sollen. Aber vielleicht hält der schwäbische Bundesbevollmächtigte eine donnernde Philippika gegen die Ausnahmediäten, wenn die Vorlage im Reichstage beraten wird. Das Recht dazu hat er bekanntlich nach der Reichsverfassung, und wir werden bald erfahren, ob der Mut in der Brust eines partikularistischen Regierungstropes seine Spannkraft läßt.

Wehr jedoch als diese ins Operettenfach streifende Frage interessiert uns, zu sehen, wie sich eine parlamentarische Körperchaft, die dem allgemeinen Wahlrecht ihr Dasein verdankt, zu einem so demütigenden Anfinnen stellen wird. Einstweilen begnügen wir uns damit, festzustellen, daß jeder Reichstagsabgeordnete, der den Ausnahmediäten für die Zolltarifkommission zustimmt, jenem Vogel gleich, der sein eigenes Nest beschmutzt.

Politische Uebersicht.

Belgien.

Der Vorwärts äußert sich, antwortend an eine Zuschrift seines belgischen Specialcorrespondenten, der die Taktik der belgischen Führer zu rechtfertigen versuchte, folgendermaßen über die jüngste Campagne:

Die obige Zuschrift unseres Genossen, die wir als Beitrag zum Verständnis der Taktik unserer belgischen Genossen wieder-

Senilleton.

17] Stadtdruck verboten.

Niobe.

Roman aus der Gegenwart von Jonas Ste.

Kjel blieb stehen und äußerte leichthin, mit den Fingerspitzen in der Westentasche:

„Ja, die Sache ist die, daß Thekla und ich Donnerstag zur Stadt fahren, um die Aussteuer zu kaufen. . . Ich habe ausgerechnet, daß es am billigsten sein wird, alles auf einmal abzumachen — Möbel und alles — damit es gleich für das neue Haus paßt!“

„Im ja—a . . . dazu gehört Geld, Kjel,“ wandte der Doktor etwas kurz ein.

„Wah, ich kann jetzt unten in der Bank so viel bekommen wie ich will . . . und Abzahlung nach Belieben. Ob der Wechsel nur auf ein oder zwei Tausend lautet, ist denen ganz gleichgültig.“

„Dann brauchst Du ja auch nicht die Meinung Deiner Eltern einzuholen,“ äußerte Frau Baarvig kalt, mit zusammengepreßten Lippen. Theklas kleine, runde, schwarze Augen blickten fest die Frau an:

„Ich bemerke hiermit ausdrücklich, daß ich mich nicht hineinmische, wenn es sich darum handelt, wieviel Kjel ausgeben darf. Ich habe mir nur ausbebeten, daß das, was gekauft wird, nach unserem Geschmack sei.“

„Es ist nun“ fuhr Kjel fort, legte den Finger auf die Nase und blinzelte verständnisvoll den Vater an, „daß ich zwei Hundert gewinne — wenigstens, — vielleicht drei, wenn es glückt, — falls ich zwei Tausend nehme und gleich en gros einkaufe.“

„Es wünscht wohl niemand sehnlicher, daß Du reich würdest, als ich, Kjel!“ stieß Frau Bente mit tiefem, tiefem Seufzer hervor; „durch all Deine Berechnungen und Spekulationen.“ Klang es halbblaut hinterher.

„Dies geht wohl etwas über das gewöhnliche, alltägliche Abknappen im Hausstand, Mutter. . . Den Pfennig sparen und den Thaler laufen lassen,“ warf Kjel hin, während er mit schlürfenden Schritten, voll Selbstgefühl im Zimmer auf und ab schritt.

„Ich habe Dich nun schon eine Zeitlang betrachtet, Minka,“ unterbrach Thekla die peinliche Stille, „fehlt Dir etwas? Du siehst nicht wohl aus.“

Theklas lebhaftes Augen glitten forschend vom Doktor zur Frau hin und dann wieder zurück. Danach wechselte sie einen Blick mit Minka und begegnete einem Kopfschütteln.

„Man muß sich so oft einschränken in einem Heim wie dem unserigen; das hindert aber keineswegs, trotzdem glücklich zu sein,“ sagte Frau Bente sehr ernst, während ein scharfer Blick Thekla traf. . . „Minka hat soeben erfahren, daß wir nicht die Mittel besitzen, sie während dieses Winters nach der Stadt zu schicken.“

Kjel schritt hin und her und murmelte etwas vor sich hin, das vermuten ließ, er sei durch diesen Zwischenfall nur noch fester in seiner Meinung bestärkt: „Den Pfennig sparen und — — —“

„Es ist nur . . . es ist nur . . . ich hatte mir so viel davon versprochen,“ äußerte Minka leise, mit von Thränen erstickter Stimme.

„Jeder von uns muß sich daran gewöhnen, eine Enttäuschung ertragen zu können,“ meinte Frau Baarvig.

„Ich wollte gern Tag und Nacht arbeiten,“ versicherte

Minka, „wenn es nur etwas wäre, wofür ich mich interessieren könnte.“

„Die Arbeit, die man vor hat, interessiert immer, Minka,“ wies sie der Doktor kurz zurück.

Die Hände in den Taschen und sich in den Hüften wiegend, sprach Kjel, indem er Thekla ansah, die mit funkelnden Augen dasah:

„Ob man nicht mit denselben schönen Worten die Galeerenklaven trösten könnte, Vater?“

„Ja, ich begreife wirklich nicht, warum ich auf die Welt gekommen,“ — rief Minka exaltiert — „wenn ich nicht einmal das thun kann, was mich interessiert . . . Ueberall und überall mit Stricken gebunden zu sein . . . Ich komme dabei um . . . Darf ich aber nicht thun, wozu ich Lust und Drang verspüre, dann möchte ich wissen, wozu ich überhaupt noch länger leben soll.“

„Du kannst es ja sein lassen, Minka,“ antwortete der Doktor hart.

„Ich habe niemals darum gebeten, in die Welt gesetzt zu werden,“ heulte sie.

„Glaubst Du etwa, ich stand mit dem Hut in der Hand unterhängst da und hat meine Eltern darum?“

„Gänzlich ohne Rechte können die Kinder doch auch nicht in der Welt dastehen!“ . . . meinte Thekla bissig.

„Es muß doch eine Verantwortung geben zwischen Menschen.“

„Ja, das fühlen wir Eltern zur Genüge,“ fiel Frau Bente ihr plötzlich ins Wort. — „Ich glaube wohl, wir können mit Recht sagen, daß wir die eigene Brust entblößen, — immer von neuem, — fast für jedes Kind, das wir haben — daß wir unsere ganze Existenz, unser Glück für sie einsetzen . . . Es ist so zu sagen unser Zutritt . . . Und wenn unsere Kinder dann philosophieren

geben zu sollen glaubten, scheint uns allenfalls die Aufhebung des Generalstreiks zu erklären, nicht jedoch dessen Proklamierung. Denn wenn der Generalrat der belgischen Arbeiterpartei Veranlassung zu so ernstlichen Bedenken gegen eine längere Dauer des Generalstreiks zu haben glaubte, so ist schwer verständlich, warum er überhaupt den Generalstreik proklamierte. Der hartnäckige Widerstand der Regierung und die brutale Niederschlagung der Demonstrationen, die geradezu als Provokation der Massen aufgefaßt werden mußte, hätten ihm doch den Verweis liefern müssen, daß die Reaktion auch fernerhin vor Demonstrationen nicht zurückweichen würde. Ein Generalstreik von vier Tagen konnte aber nur den Charakter einer Demonstration tragen. So vollständig wir auch darin mit unserem noch Brüssel entsandten Korrespondenten übereinstimmen, daß der Bureausitz der Reaktion die Eroberung des allgemeinen Wahlrechts durch unsere belgischen Genossen nur um eine kurze Spanne Zeit hinauszögern wird, so wenig können wir uns der Auffassung verschließen, daß das Vorgehen der Leitung der belgischen Partei während der ganzen Wahlrechtskampagne den Charakter eines unsicheren Experimentierens trug, der sich auch bei der Anwendung des letzten Mittels, des Generalstreiks, nicht verlegnete.

Wir registrieren gern die obige Äußerung unseres Centralorgans, die auch der unsererseits hier von Anfang an vertretenen Auffassung entspricht. Wo die Ursachen des unsicheren Experimentierens unserer belgischen Genossen zu suchen sind, glauben wir auch bereits gesagt zu haben. Der Widerspruch zwischen der Proklamierung und der jähen Auflösung des Generalstreiks rührte einfach daher, daß der Streik gar nicht von den Führern, sondern von den Massen gegen den Willen der Führer proklamiert, von den Führern hingegen auf das Geheiß der Liberalen eingestellt wurde.

Nicht bloß die Merkmalen triumphieren augenblicklich in Belgien; nein, auch die Liberalen fühlen sich als Sieger und betrachten und behandeln die sozialistischen „Alliierten“ von gestern als die Gepeckten. Während sogar aus den Reihen der Bürgergarde selbst energische Stimmen der Entrüstung und des Protestes gegen den feigen Mord in Löwen laut werden, fährt die liberale Presse fort, die Haltung der Bürgergarde zu belobigen.

Eine Abteilung der Bürgergarde hat eine Untersuchung über die Fülllade angestellt und veröffentlicht jetzt das Resultat. Danach habe gar keine Veranlassung vorgelegen, unter die Massen zu schießen. Der Lieutenant Coen sei vor der Fülllade in keiner Weise von den Manifestanten angegriffen worden; er konnte es nicht sein, da er hinter seinen Mannschaften stand. Auch das Leben der Gardisten selbst sei in keinerlei Gefahr gewesen; wenn ein Angriff wirklich erfolgt wäre, so hätte zunächst in die Luft geschossen werden können. Wenn die Rue du Marais an jener Stelle nicht eine Krümmung machte, so hätte es nach den Aussagen jener Gardisten mindestens 50 Tote gegeben. Viele der Bürgergardisten verweigern den Dienst; andere sind nach dem Volkshaus gekommen und haben ihre 6 Patronen vorgezeigt, um damit nachzuweisen, daß sie nicht geschossen haben; 6 Patronen hatte jeder erhalten. Der Lieutenant Coen hat sein Firmenschild von seinem Hause entfernt. Der andere Kommandant Frère, der ebenfalls zum Schießen kommandiert hat, soll am Fieber krank danieder liegen; die Häuser der Offiziere der Bürgergarde werden von Gendarmen bewacht.

Die liberale Presse aber besitzt die Schamlosigkeit, die Fülllade zu rechtfertigen und die lieben Bürgergardien reinzuwaschen.

Unser belgischer Spezialkorrespondent schreibt uns:

Die Liberalen lachen ins Häuschen. Sie schimpfen weiblich über die Hartnäckigkeit der Regierung und über die Verstocktheit des Königs, aber auch über das Vorgehen der äußersten Linken; zugleich spielen sie sich als die Landesretter auf und argumentieren: „Durch die Selbstverleugnung der liberalen Bourgeoisie, ihre Treue zu unseren Institutionen, ihre Anhänglichkeit an das konstitutionelle Regime ist Belgien von einer revolutionären Krise gerettet worden. Wenn man unseren Ratsschlagen eher Gehör geschenkt hätte, wenn man damit angefangen hätte, womit man jetzt aufhört, nämlich: mit einer Bewegung auf friedlichem und legalem Wege, würde das Blut nicht geflossen sein, und das Elend würde sich nicht am Herd des Arbeiters eingemischt haben.“ Die Herren vergessen dabei nur, daß sie vor vier Wochen, als die große Manifestation in Brüssel stattfand, noch lauter als die Sozialisten und Progressiven dem Volke zugerufen haben, „bis zum äußersten zu gehen“.

Der Wortlaut des Antwortschreibens, das der König der Handelskammer von Brüssel hat zugehen lassen, muß selbst die kindlichsten Illusionen niederschlagen. Unser Berichterstatter teilt es uns mit:

An den Präsidenten der Handelskammer.
Ihr Brief vom 17. d. Mts. ist im Palais angelangt. Seiner Majestät ist wohl bekannt, welchen Schaden die Unruhen, die wir sehr bedauern, dem Handel, der Industrie und allen Klassen der Gesellschaft geschehen haben. Die Ordnung ist die Grundlage nicht allein der öffentlichen Freiheit, sondern auch diejenige der nationalen Wohlfahrt. Ein Land, welches dieses vergessen und sich zur Anarchie hinreißen lassen würde, würde aufhören, ein zivilisiertes Land zu sein. Die Regierung des Königs, die Augen auf die Gegenwart und Zukunft richtend, getreue Beobachterin der konstitutionellen Vorschriften, hat die Pflicht, die Politik zu verfolgen, welche sie zum Wohle und zur Ruhe des Vaterlandes am nützlichsten erachtet. Sie wissen, Herr Präsident, wie sehr der König, besonders im Interesse der Industrie und der arbeitenden Klasse, es wünscht, Belgien mehr und mehr im Schoße der Ruhe prosperieren zu sehen. Genaue Kenntnis Sie etc.

gez.: Der Sekretär des Königs.
Carton de Wiarte.

Dieses ist die einzige Antwort, die der König auf alle ihm zugegangenen Schreiben gegeben hat. Es ist ja auch die Handelskammer und der König als guter Geschäftsmann etc. etc. Der Minister De Smet de Naeyer stellte in der Kammer die Krone bloß und wies die Fragesteller mit der Auffassung an den König. Der König weicht aus und ladel alles auf die Schultern der Minister. Die reine Pontius Pilatus-Politik! Unter dem niederdrückenden Einbruch der Situation hat auch der Beuple sein republikanisches Bewußtsein wiedergefunden. Er resumiert den Verlauf der Ereignisse der letzten Tage und sagt sich öffentlich von allen Erwartungen los, die man auf die Person des Königs und das Eingreifen der Krone gesetzt hatte, und erinnert sich, daß der König der Belgier nur der erste Geschäftsmann des Landes ist. Das eben hätten die belgischen Sozialisten nie vermissen sollen!

Von allen Seiten ist, so wird uns aus Belgien geschrieben, der Beschluß des Generalrats mit wenig Genehmigung aufgenommen worden. In manchen Orten wurden sogar Wutausbrüche laut. In La Nouvelle wurde der Delegierte Manfort angepöbeln. Die Syndikate im Centre haben die Abberufung der Delegierten im Generalrat beschlossen. In Verviers wurde Malvreme, der sich zu erklären verweigerte, ebenfalls mit den Delegierten des Generalrats angepöbeln.

Eine Hand wäscht die andere.

Wir wissen, daß die ganze Existenz des gegenwärtigen französischen Kabinetts Waldeck-Rousseau auf der Koalition eines Teiles der Sozialisten und der kleinbürgerlichen Partei der Radikalen beruht.

Jetzt vor den Wahlen sehen wir die Konsequenzen, die Fortsetzung des interessanten Verhältnisses. Erst im März erschienen in der Petite République und der Dépêche de Toulouse, den beiden Organen des ministeriellen Sozialismus, Mahnungen aus der Feder Jaurès, die Sozialisten und die Radikalen müßten doch einander während der Wahlen nicht bekämpfen, vielmehr einander bei den Stichwahlen überall unterstützen. Bald ist es besser gekommen. In Carmaux haben die Radikalen überhaupt auf die Aufstellung eines eigenen Kandidaten verzichtet und den sozialistischen Kandidaten, Jaurès, zu dem ihrigen gemacht. Selbstverständlich erwiderten die Sozialisten diese Courtoisie mit gleicher Münze und vergraben in anderen Wahlkreisen wiederum auf eigene Kandidaturen zu Gunsten der Radikalen. Wie in der Wochenchrift Mouvement Socialiste berichtet wird, sehen jetzt, ausgenommen einen untergeordneten Wahlkreis, nirgends ministeriell-sozialistische Kandidaten gegen radikale.

Auf diese Weise unterstützt man einander nicht mehr in der Stichwahl, sondern bereits beim ersten Wahlgang, und zwar nicht etwa unter dem Vorwand irgend eines vom Wahlsystem auferlegten Zwanges, sondern unter der Herrschaft des allgemeinen direkten Wahlrechts. Freilich sichern sich die „praktischen“ Sozialisten durch diesen Wahlschacher eine Anzahl Mandate; daß aber die sozialistische Agitation bei den Wahlen dabei stöden geht, versteht sich ebenso von selbst.

Die sozialistisch-revolutionäre Union hat natürlich überall ihre eigenen Kandidaten aufgestellt.

Deutsches Reich.

Parlamentarische.

Aus dem Reichstage.

B. Berlin, 23. April. Der Gesetzentwurf über die Kinderarbeit fand heute bei den bürgerlichen Parteien des Reichstags eine sehr freundliche Aufnahme. Sowie der Entwurf selber einen gewissen Fortschritt darstellt, so ist auch ein gewisser Fortschritt in der Beurteilung derartiger sozialpolitischer Gesetzentwürfe bei der Reichstagsmehrheit zu verzeichnen.

Während die Majorität vor 12 Jahren nichts von einem Eingriff des Staates in das „Heiligtum der Familie“ wissen wollte, wagte sich heute eine solche Ansicht überhaupt nicht mehr ans Tageslicht. Selbst der Glaube an die erzieherische Wirkung der Kinderarbeit ist im Schwinden begriffen. Ueberzeugt davon scheint nur noch der liberale Herr Dr. Baumbach zu sein, wenn er auch seine Anschauung etwas verknäuelter ausdrückte. Herr Dr. Jülich von der freisinnigen Volkspartei, in der mancherlei Anschauungen sonst am festesten sitzen, trat dagegen mit zierlicher Entschiedenheit für das Verbot der Kinderarbeit ein. Eine gründliche Kritik des Entwurfs lieferte unser Genosse Wurm. Er deckte schonungslos die Halbheiten der Vorlage auf und forderte energisch die Einbeziehung der ländlichen Kinderarbeit in das Gesetz. Hierbei rechnete er mit den Konserwativen, ihrer Schulfeindschaft und ihrer Eier nach Kinderausbeutung ab. Unser Redner forderte weiter, daß mit der Kinderarbeit in der Hausindustrie grundsätzlich aufgeräumt und die vom Gesetz vorgegebene Unterscheidung zwischen eigenen und fremden Kindern beseitigt werde. Als Betriebe, in denen die Kinderarbeit unter keinen Umständen gebildet werden könne, bezeichnete er die Cigarren- und Tabakfabrikation und das Transportgewerbe. Soll das Gesetz nicht Dekoration bleiben, so muß für scharfe Kontrolle gesorgt werden. Diese Kontrolle aber kann nicht durch die Polizei, sondern nur durch die Gewerkschaften resp. durch ihre Assistenten aus der Mitte der organisierten Arbeiterschaft besorgt werden.

Während der Redner der Nationalliberalen, Herr Seyl zu Herrnsheim, wenigstens schärfere Maßregeln für die Hausindustrie vorschlug, hielt sich die Kritik, die der ultramontane Sozialpolitiker Dr. Sibe vornahm, ganz an Kleinigkeiten. Das einigte, was er verlangte, war eine genauere Definition des Begriffs Kind, und die Schaffung von Hilfsorganen für die Fabrikinspektoren bei der Durchführung der Kontrolle. Der Redner der Konserwativen, Herr v. Richthofen, machte aus seinem Herzen keine Mördergrube, sondern erklärte von vorneherein, daß seine Partei sich gegen jeden Versuch, das Gesetz in andere als gewerbliche Verhältnisse einzugreifen zu lassen, mit aller Entschiedenheit zur Wehr setzen würde. Die Herren Großgrundbesitzer können die Kinder offenbar für den Hütedienst, als Milizangehörige oder als Treiber bei dem königlichen Vergütigen der Jagd nicht entbehren.

Der letzte Redner des Tages, Herr Koeslke, schloß sich in seiner Kritik im wesentlichen den Ausführungen Wurms an und forderte die Weiterbildung des Gesetzes in der Kommission.

Graf Posadowsky, der nach Wurm in die Diskussion eingriff, bewies durch seine Rede, mit welchem Zagen er und der Bundesrat an die Regelung der Materie herangegangen sind. Er fürchtete noch immer, die öffentliche Meinung nicht ganz auf seiner Seite zu haben, und sprach von den Schwierigkeiten, die es mache, in die Familie einzugreifen. Im übrigen suchte er den größten Mangel, den die Vorlage hat, die Nichtbeziehung der ländlichen Kinderarbeit so gut es ging, zu rechtfertigen. Es fiel ihm aber dabei nichts Besseres ein, als auf die poetische Rolle des Hirtenknaben in der Literatur hinzuweisen. Der Staatssekretär kündigte einen Gesetzentwurf über die Primararbeit in der Tabakindustrie an und schloß mit dem Versuch, unsere ländlichen Schulerhältnisse in möglichst gutem Lichte darzustellen.

In der Debatte wurde vielfach der Name des Lehrers Agahb genannt. Gerade dieser Mann hat durch seine unermüdete Thätigkeit außerordentlich viel dazu beigetragen, daß die Frage der Kinderarbeit nun endlich zu einer, wenn auch nicht ausreichenden, Regelung kommt. Charakteristisch war es, daß Herr Seyl zu Herrnsheim der Name des Herrn Agahb bis vor kurzem offenbar gänzlich unbekannt geblieben ist. Er sprach von dem „jüngst erschienenen Buche eines gewissen Herrn Agahb“. Und das nennt sich Sozialpolitiker!

Aus dem preussischen Landtage.

H. Berlin, 26. April. Im Abgeordnetenhause, das heute die Staatsberatung fortsetzte, wurde der größte Teil der Sitzung durch die Beratung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung ausgefüllt. Der freisinnige Genossenschaftsanwalt Dr. Erüger, der gestern von dem Abg. Ring so heftig angegriffen war, setzte sich mit diesem über seine Stellung zum Genossenschaftswesen in einer langen persönlichen Unterhaltung auseinander, die für die Öffentlichkeit wenig Interesse hat. Es entbehrt nicht einer gewissen Komik, daß Herr Dr. Erüger gegenüber dem Abg. Ring, also einem Mann, der bei jeder Gelegenheit in der Bekämpfung des Umsturzes macht, dafür verantworten muß, daß er die sozialdemokratischen Konsumvereine aus dem allgemeinen Genossenschaftsverbande ausschließen will. Natürlich will auch Herr Ring von den Konsum-

und fragen, warum die Welt, in die man sie gesetzt hat, ist wie sie ist — dann haben wir als ganze Antwort nur unseren verbrauchten, aufgeopfertem Körper mitsamt der Seele — meine beste Thekla.“ . . . Klang es mit verhaltenem Bittern.

Minka war hastig durchs Zimmer gegliitten, hatte sich hinter den Stuhl der Mutter gesetzt und umschlang ihren Hals mit beiden Armen.

„Na, na, Mutter,“ scherzte der Doktor, „so brauchst Du es nun auch nicht aufzufassen. Du weißt ja, Kinder sind immer eine Art Kannibalen.“ . . .

Während es draußen hörbar, unaufhaltsam in der Dachrinne tropfte, ward drinnen in der Dämmerstunde lebhaft über die Nussteuer debattiert und alles mit Minka überlegt und beraten.

Wenn Thekla sich im Schaukelstuhl bewegte, über dessen Lehne Kjel hing, gewahrte man ihren feinen Knopfstiefel im Nichtschneine auf dem Fußboden. Vertha kniete vor der Ofenplatte und überwachte die Kessel, die sie auf den Kohlen brül. Sie fühlte, daß man sie nicht an der Unterhaltung teilnehmen lassen wollte und warf daher hitzig und beleidigt die Bemerkung hin, daß sie vielleicht mehr Geschmak und Erfahrung besäße als man ihr zutraue.

In dunkelsten Winkel des Gemachs, hinter dem Schaukelstuhl, schritt Schulteiß hin und her mit den Händen auf dem Rücken in präcisen kleinen Schritten und kurzen Wendungen.

Er war ganz Ohr, — spannte sein Gehörorgan aufs äußerste an, um eine Andeutung, ein Wort aufzufangen, das ihm sagen konnte, ob Minka ihre unselige Idee zur Ausführung bringen würde. Ja, unselig war es, den Winter in der Hauptstadt zubringen zu wollen unter dem Einfluß dieses Herrn . . .

Plötzlich machte er mit erstrahlendem Lächeln eine kurze Wendung . . . Aus Minkas Reise wurde nichts! Kjel ward eine Popularität; er machte Besuche mit seiner jungen Frau und der stets wiederholte, frische, fröhliche Wit beim Eintritt war: — „Neuer Schlitten, neues Bärenfell, neue Frau,“ — er wagte nicht, „neuer Gaul“ zu sagen, wie es ihm das erste Mal fast unwillkürlich entkühlpft wäre, aber die gelbe Stute war wirklich neu angeschafft und ein Traber, dessen man sich nicht zu schämen brauchte — elf Kilometer in dreiviertel Stunden — kaum anderthalb Stunden zum Bogt hinauf.

Bei ihrer Ankunft dort erschien er selbst vor der Thür, bot der jungen Frau feierlich galant den Arm, führte sie in die beste Stube und nötigte sie, dort auf dem Sofa Platz zu nehmen. Er ließ ihnen seinen besten Madeira vorsehen und erklärte, daß er dasselbe für seinen Comptoiristen thun werde, nachdem er zum Amtmann ernannt worden; wie viel eher also für eine junge Dame, die stets für ihn eine Meinungsgesährtin der einzigen beachtenswerten neueren Idee gewesen, nämlich der Leichenverbrennung . . . Hier wollte er ihr die spezifizierten Rechnungsablagen aus vier verschiedenen Ländern zeigen, und die Anzahl der im vorigen Jahr verbrannten Leichen.

Bei Kjels verschiedenen Visiten nahm man während der ersten Stunde eine mehr oder weniger steife Haltung an und warf unruhige Seitenblicke auf Thekla, um zu erfahren, ob sie mit dem ihr angewiesenen Plaze zufrieden sei. Die Damen der Umgegend mußten sich erst daran gewöhnen, jemanden wie ihresgleichen zu behandeln, die vor kurzen zwei Monaten noch Gouvernante beim Bogt gewesen. Die Erinnerung daran war zu frisch und manch ein lächelndes Antlitz ward streng und abweisend, wenn die junge Frau, ohne einen Moment zu

jögern, vorwärts schritt, und sich nonchalant accurat in die Sofaecke setzte.

Kjel nahm dann, wo es anging, den Hausherrn beiseite und hatte eine kurze Unterredung mit ihm. „Passende Gelegenheit jetzt, sich Geld zu verschaffen, wenn Sie etwas haben wollen“ — er blinzelte vertraulich — „bei meinem guten Freund, dem Bankdirektor — übrigens ein Verwandter meiner Frau. Er bittet mich, ihm über die Verhältnisse hier oben meine Meinung zu sagen — natürlich bezieht sich das auf die Zuverlässigkeit in Geldsachen . . . Und ein Wort von mir . . . Am liebsten wäre es ihm, wenn ich selbst untersehe, sagte er — aber ich danke bestens; ich merkte wohl, wo er hinaus wollte. Ein alter, schlauer Fuchs, müssen Sie wissen . . . Jawohl, wenn ich nur untersehe, ja . . . Aber, wie schon gesagt — ganz unter sich — ein empfehlendes Wort von mir kann nicht schaden . . . Selbstverständlich rekommandiere ich nur, was reines Gold ist. Und es ist nicht gerade alles Gold, was glänzt. — Wie? — Haha — es war nur ein kleiner, freundschaftlicher Wink — für die Möglichkeit — im Falle, daß — dann wissen Sie ja nun, wo ich zu finden bin.“

Voll Selbstgefühl, mit mystischer Geschäftsmiene mischte man sich dann wieder in das Gespräch des Privatimmers, wo Thekla unseugbar erkältend wirkte, sowohl wegen ihrer vornehmen Damentoitel mit den langen, eleganten Handschuhen, als auch wegen gewisser überlegener Äußerungen in Bezug auf höhere Interessen.

Aber Thekla dachte gar nicht daran, sich vor den Damen zu beugen; sie wat fest entschlossen, den Kampf aufzunehmen und durchzuführen.

(Fortsetzung folgt.)

weinen nichts wissen; nur seine grenzenlose Unkenntnis des Genossenschaftswesens hat es bewirkt, daß er dem freisinnigen Redner eine so günstige Angriffsfläche bot. Neben ihren persönlichen Angelegenheiten erörterten beide Herren nochmal eingehend den Berliner Milchstreik. In die Debatte darüber griff auch der Landwirtschaftsminister v. Boddieski ein, der sich zwar den Anschein zu geben bemühte, als stehe er über den Parteien, aber doch deutlich durchblicken ließ, daß er auch als Minister es mit den extremen Agrariern hält und für jede ihrer Forderungen zu haben ist. Selbst der abenteuerliche Antrag des Ankaufs von Salspeterminen in Chile durch die Vereinigung der landwirtschaftlichen Genossenschaften, die natürlich das Bedürfnis fühlt, die Landwirtschaft in überseeische Spekulationen zu treiben, wird vom Minister nicht gemißbilligt. Dasselbe verhielt sich der Minister zu maßlosen Uebertreibungen über die Not der Landwirtschaft, indem er — natürlich unter höchstem Weisfall der Rechte — die lächerliche Behauptung aufstellte, daß eine große Zahl von Landwirten schlechter lebe als die Arbeiter in der Stadt.

Ueber die Frage, wann der von den Konservativen bereits lange vor Oftern eingebrachte Antrag betr. den Wucherzins zur Beratung kommen soll, interpellierte Abg. Dr. Erlinger die Herren von der Rechten. Diese antworteten ausweichend, indem sie erklärten, daß noch andere Anträge vorher eingebracht seien. Es scheint also, als ob den Agrariern an der Beratung ihres Antrages nichts liegt. Vielleicht scheuen sie sich auch, in der Öffentlichkeit ihre wucherischen Pläne zu enthüllen und solchen Verhandlungen mit der Regierung hinter den Coulissen vor.

Von den übrigen Etats, die heute genehmigt wurden, rief nur noch der des Finanzministeriums eine kurze Diskussion hervor. Vertreter der Konservativen, der Nationalliberalen und des Centrums klagten dabei, wie alljährlich, über die angeblichen Härten und Ungerechtigkeiten bei der Veranlagung zur Grundsteuer.

Morgen wird die Beratung fortgesetzt. Voraussichtlich wird der Etat dann endlich in dritter Lesung erledigt, damit die Finanzhäusler Stellung dazu nehmen können.

Schutz der Seelente.

In einem Artikel des Hamburger Korrespondent wird des Langen und Breiten darüber gemurmelt, daß dem deutschen Handel unerheblicher Schaden zugefügt werde, wenn den Seeleuten das Recht zugeteilt wird, ihre Entlassung zu fordern, wenn das Schiff nach einem Hafen bestimmt ist oder einen Hafen anlaufen soll, der schon zur Zeit der Anmusterung durch Pest, Cholera oder Gelbfieber verunreinigt war, sofern nicht dem Schiffsmann bei der Anmusterung dieser Hafen und die Veranlagung mitgeteilt ist. Fast noch entscheidender erscheint dem Vorkläufer für das Rhederei-Interesse, daß diese Seeleute nicht nur auf freie Zurückforderung Anspruch haben, sondern „fogar“ noch eine Entschädigung in Höhe einer Monatslohn erhalten sollen.

Um die Argumente der Profitsucht zu beschwichtigen, läßt der Verfasser des Artikels die angebliche Verletzung des „Seemannsgeistes“ aufmarschieren, indem er gewissermaßen die geschichtliche sein vollenden Seeleute als Feiglinge hinstellt. Er schreibt nämlich:

„Ein Hauptfordernis eines brauchbaren, tüchtigen Seemanns besteht darin, daß er vor keiner Gefahr zurückschreckt. Diesem Erfordernis hat der deutsche Seemann bisher entsprochen. Jetzt soll ihm geschlecht nahegelegt werden, sich einer mit der Seefahrt verbundenen Gefahr zu entziehen. Das hierunter der deutsche Seemannsgeist leidet muß, ist einleuchtend. Welche Ausichten bietet dies für den Erfolg, den die Kriegsmarine in Zukunft aus der Handelsmarine erhalten wird, und welche Gefahren enthalten diese Bestimmungen für unsere Seeleute!“

Ein Appell an die Feigheit des Seemanns von seiten der Rheder, die vom sicheren Comptoir aus ihre Profite sammeln, ist wirklich unverfroren.

Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse.

Gegen das Urteil der Strafkammer in Elberfeld, durch das der Verlagsbuchhändler Wiemann-Warmen von der Anklage der Beleidigung des Kaisers von Oesterreich freigesprochen wurde, hat der Staatsanwalt Revision angemeldet.

Berlin, 24. April. Der Reichskanzler hat sich zum Besuch des Großherzogs von Baden, der heute sein 50jähriges Jubiläum feiert, nach Karlsruhe begeben. — Man nimmt jetzt allgemein in Reichstagskreisen an, daß eine Vertagung des Reichstags vor Pfingsten, etwa vom 7. Mai bis Mitte Oktober, eintreten werde. Im Reichstage wird noch in etwa acht Tagen die Zuckerkonvention eingebracht werden.

Requiescenz! Dem feierlichen Requiem, das auf Veranlassung der Centrumsfraktion des Reichstags gestern für den Abgeordneten Dr. Lieber in der Hedwigskirche stattfand, wohnten der Reichskanzler Graf Bülow, der Staatssekretär Freiherr von Richthofen und Graf Poljadowsky bei. Herr v. Tripky trat sich durch den Kontreadmiral Niederichsen vertreten lassen. Anwesend waren ferner die Minister v. Thielens, Dr. Studt, Bräuer, v. Rheinbaben und v. Boddieski.

Es scheint den amtlichen Würdenträgern mächtig imponiert zu haben, daß der Dr. Lieber — beinahe ihr Kollege geworden war.

Bismarck und die Wettiner. In den Briefen und Tagesbüchern des Freiherrn v. Stofch, die in der Deutschen Revue veröffentlicht werden, findet sich eine interessante Stelle. Da erzählt Stofch, wie sich nach der Schlacht von Königgrätz der preussische Kronprinz mit der Frage an Bismarck wandte, welche Resultate er nunmehr vom Kriege fordere.

Bismarck entwickelte darauf wundervoll klar und anregend die Forderungen, die einem Frieden zu Grunde zu legen wären: Ausschluß Oesterreichs aus Deutschland; Entigung des wesentlich protestantischen Norddeutschlands als Etappe zur großen Eindeut; außer dem König von Sachsen sollte kein Souverän gestrichen werden, Hessen und Hannover nur soweit verkleinert, wie zur geschlossenen Verbindung unserer Ost- und Westprovinzen notwendig.

Die Deutsche Revue hat eigene Manieren, diesen Brief gerade auf den Geburtstag des Königs von Sachsen zu veröffentlichen!

Baron v. Stietencron braucht den Hinterbliebenen des von ihm erschossenen italienischen Arbeiters Fazzi keine Rente zu zahlen; so hat, wie vor kurzem mitgeteilt, das Oberlandesgericht Colmar i. E. entschieden. Die Begründung dieses wunderlichen Urteilspruches liegt nunmehr vor, und es ist nicht uninteressant, dem labyrinthischen Irrgang der oberlandesgerichtlichen Deduktionen zu folgen. Das Landgericht Zabern war

bekanntlich zu einer Verurteilung Stietencrons zu einer Rente gelangt mit der Motivierung, daß — nach den Feststellungen des Kriegsgerichts — Stietencron wohl die Notwehr nicht überschritten habe, allein sich durch sein der Schieberei vorhergehendes Verhalten schuldhaft gemacht habe. Es sei sonach anzunehmen, daß der Baron, der zu Gewaltthätigkeiten zu neigen scheine, den Angriff des Fazzi mitverschuldet habe. Das Oberlandesgericht bestritt nun, daß auf dieser Feststellung die Haftpflicht für die Folgen der Tötung begründet werden könne. Nach dem bürgerlichen Gesetzbuch setze die Schadenersatzpflicht widerrechtliche Tötung voraus. Diese sei aber durch den Spruch des Kriegsgerichts, das dem Baron Notwehr zugebilligt habe, verneint worden, und damit müsse die Schadenersatzpflicht des Verurteilten entfallen.

Das Urteil des Oberlandesgerichts stützt sich also starr auf die — objektiv sehr fröhenwürdigen — Feststellungen des Kriegsgerichts. Eine selbständige Nachprüfung der Frage der Widerrechtlichkeit der Erschießung hat sich das Gericht geschenkt und den Versuch einer solchen Nachprüfung durch den Vorderichter abgewiesen. Wüßlich, daß dieses Verfahren formell korrekt ist. Um so wichtiger fällt die Anklage gegen das Kriegsgericht ins Gewicht, das auf Grund unzulänglicher Feststellungen — wie das im Kleiner Stietencron-Prozess zur Evidenz erwiesen worden ist — dem Stietencron die Notwehr zugebilligt und dadurch nicht nur den gewaltthätigen Stietencron von Strafe befreit, sondern auch den Hinterbliebenen seines Opfers die Erlangung einer civilrechtlichen Entschädigung unmöglich gemacht hat.

Polizeidienste für Väterchen? In letzter Zeit waren wiederholte Verhaftungen russischer Parteigenossen auf dem russischen Bahnhof in Wirballen (liegt mit Endbahnlinien zusammen) berichtet worden. In einer offiziellen Notiz über die zuletzt erfolgte Festnahme eines „Nihilisten“, heißt es: „Er war der russischen Polizei bereits von Berlin aus abgeführt worden. Die von ihm mitgeführten Schriften befanden sich in Koffern, welche Doppelböden besaßen, verdeckt. Der Verhaftete wurde, ebenso wie die zuvor ergriffenen Nihilisten, unter Begleitung von zwei Gendarmen mit dem nächsten Kurierzuge nach Petersburg in die Peter-Pauls-Festung überführt.“

Derartige internationale Mitteldienste gehören von jeher zum eisernen Bestand der Regierungen von der ehemals „heiligen Allianz.“ Die internationale Polizeiverchwörung aus jenen Tagen hat sich glücklich in die moderne Welt herübergerettet.

Krankenhaus oder Zuchtanstalt? Nach dem § 20 der Krankenhausordnung des Birmaesener Spitals kann der Arzt verhängen: 1. Zimmerarrest auf längere und längere Dauer. 2. Abzug der Kost für einzelne Mahlzeiten. 3. Abschluß in Einzelzimmer bis zu 3 Tagen, wenn nötig mit geschärfter Kost oder nur zweifeln Tage bei Wasser und Brot. 4. Schärfere Strafen sind dem Ermessen des Arztes anheimgestellt. Auf Grund dieser Strafbestimmung hatte der Spitalarzt zwei Patienten unter Kostenentziehung ca. 38 Stunden in die Baracke zu zwei Geschlechtskranken und einem an Krätze erkrankten Manne eingesperrt. Von unseren Genossen wurde daraufhin Abänderung der Krankenhausordnung verlangt. Der Stadtrat fand aber das Verhalten des Arztes „angemessen und völlig begründet.“ Ein Licht auf die allgemeinen Zustände im Spital wirft aber der weitere Beschluß, zu dem sich die Stadtväter herbeiließen. Er wird bescheiden, daß Trinkgefäße für die Baracken zu beschaffen sind und daß der Verwalter den Aufschlag erhöht, für Beheizung und Reinlichkeit stetig zu sorgen. — Die Arbeiter zahlen pro Tag für jeden Kranken aus ihrer Gemeindeversicherung 2.50 Mk.! Freilich ist das Spital auch nicht für die „feinen Leute.“

Immer langsam voran! Die Münchener Post vom 24. April veröffentlicht eine vertrauliche Entschließung der Generaldirektion der bayerischen Staatsbahnen. Es wird darin gegenüber dem Vorwurf der Langsamkeit der bayerischen Bahnen die „Wüßlichkeit“ nachgewiesen, Reiterparniffe von 50 bezw. 70 Prozent zu machen, falls man kürzlich angestellte Probeergebnisse nutzbar machen würde. Daran könne aber fürs erste aus folgenden Gründen noch nicht gedacht werden:

1. Die Steilheit der Reisebelegungen insbesondere hinsichtlich der Angewöhnung des reisenden Publikums in Bayern an eine längere Fristen ausfüllende Beförderungsjekt könnte leichtlich in denjenigen Schichten der Bevölkerung Mißstimmung erregen, welche mit einem gewissen Rechte (siehe O. L. W.-Entschöbung Nr. 17786 u. ff.) Anspruch auf einen dem erlegten Fahrpreis entsprechenden längeren Aufenthalt in den Wagenräumen bezw. Abteilen zu erheben gewöhnt sind.
2. Fernerhin läßt sich der ärztlicherseits geltend gemachte Einwand, es wolle erst längere Zeit hindurch praktisch geprüft werden, ob die auf obiges Minimum abgekürzte Fahrgeschwindigkeit nicht für die Sinnesorgane sowohl der im Zuge wie zufälligerweise außerhalb des Beschlusses auf der Strecke befindlichen Personen zu gewissen Schädigungen führen könnten, wobei namentlich an die Schädigungen der Sehkraft gedacht werden sollte, nicht ohne Einvernahme weiterer Sachverständigenentscheide als begründet bezw. unbegründet verabschieden.
3. Demzufolge und nachdem außerdem durch die vielfach betonte prekäre Lage der landwirtschaftlichen Kreise hinreichende Rücksichtnahme auch der L. b. Staatsbahnverwaltung auf dieselbe nicht umgangen werden kann, indem der mit verdoppelter Geschwindigkeit aus den Zugmaschinen ausgestoßene Dampf bezw. Rauch den Landwirten bezw. den Produkten derselben bis jetzt nicht vorhandene Beschädigungen zufügen im Stande sein könnte, haben in Zusammenfassung der ad 1 und 2 bereits erörterten Bedenken zu der in vorwärtiger Frage einhellig erfolgten Entschließung und zur vorläufigen vertraulichen Bekanntgabe derselben an die diesseitigen bahnamtlichen Stellen geführt.

München, Mitte April 1902.
Z. N. 728,728 bb.

Die Generaldirektion.
(Name unleserlich.)

Klingt das nicht wie ein Märchen aus alter Zeit? Damals erörterte man die Frage der Krankheitsgefahr für das Publikum, das beabsichtigte, die gute alte Postkutsche mit dem gefährlichen Bahnwagen zu vertauschen. Es ist eben nicht leicht, die „notwendige“ Langsamkeit im Zeitalter des Verkehrs begründen zu wollen.

Ein Soldatenschinder. Das Geschworenengericht in Kiel verurteilte nach 10stündiger Verhandlung den Heizer Möves, welcher durch Mißhandlungen den Tod des Wagenschneisenwollens Wauer verursacht hatte, wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang und Bedrohung mit einem Verbrechen zu 4 1/2 Jahren Gefängnis.

Sie wehren sich! Zu dem Bericht über die Gerichtsverhandlung in Paderborn am 22. v. Mis. betr. das Altenbessener Eisenbahnunglück veröffentlicht nach dem Vorgange der Berliner

Kanzleibeamten auch der Verband königlicher Kanzleibeamten der preussischen Monarchie in Hannover folgende Erklärung: „Zu der Begründung der Anklage des Staatsanwalts Dr. Freese war auch die Nebenwendung enthalten:

„Es ist die alte Erfahrung, wenn beim Gericht der Kanzlist zu denke anfangt, so macht er Dumheiten, das ist auch hier geschehen. Wenn diese Leute, die rein mechanisch arbeiten sollen, einmal zu denken anfangen, so machen sie nichts als Dumheiten.“

Die könlgl. Kanzleibeamten, insbesondere aber die Gerichts-kanzlei-Beamten, erblicken in diesem Auspruch eine schwere Schädigung ihres dienstlichen und außerdienstlichen Ansehens. Die Wirkung dieser Worte ist eine um so schärfere, als dieselbe von einem höheren Justizbeamten in einer öffentlichen Gerichtsverhandlung gesprochen worden sind. Die Kanzleibeamten, welche an und für sich schon einen recht schweren Stand haben, sind in der ihrer dienstlichen Thätigkeit entsprechenden gesellschaftlichen Stellung zu behaupten, verlieren aber durch eine solche Herabsetzung ihrer geistigen Fähigkeiten, wie es hier geschehen ist, den letzten Rest ihrer Achtung sowohl beim Publikum wie bei den Mitarbeitern. Es muß dies alte, im Dienst ergrauten Kanzleibeamte um so schmerzlicher berühren, als dieselben sich bewußt sind, stets voll und ganz ihre Kraft dem Dienste des Staates gewidmet zu haben. Dieselben sprechen gegen diese einen ganzen Beamtenstand herabwürdigenden Aeußerungen ihr tiefstes Bedauern aus und müssen gegen eine derartige Herabsetzung ihrer geistigen Fähigkeiten entschieden Verwahrung einlegen.“

W. Die Maßregelungen oberkassischer Berg- und Stüttenleute werden in immer eigentümlicherer Weise begründet. So kommt es jetzt nach Mitteilungen an das Preussische Arbeitersekretariat nicht selten vor, daß man polnische Bergleute deshalb entläßt, weil sie nicht deutsch verstehen und sprechen. Das thut man in einer Gegend, die zu 80 Proz. polnisch ist. Einen Bergmann aus Chropaczow entließ die Verwaltung der Schließengrube deshalb, weil er Mitglied der Genossenschaft sei, die oberkassische Arbeiter zum Zwecke eines Saalbauvereins gründen. Diese Maßregelung ist noch dadurch interessant, daß sie zeigt, daß Mitteilungen über Arbeiter an Unternehmer nicht nur von Polizei, sondern auch von Gerichtsbehörden besorgt werden können. In Genossenschaftsangelegenheiten hat die Polizei nichts mitzureden; sie konnte deshalb von der Mißlieblichkeit des Arbeiters im Saalbauverein überhaupt nichts wissen.

r. Aus Baden, 23. April. Ueber die Mogeleyen der Pfalzbahnen kamen in der Zweiten Kammer dieser Tage allerdings interessante Dinge ans Tageslicht. Entgegen dem präcisen Uebereinkommen mit der badischen Eisenbahnverwaltung hat die Direktion der pfälzischen Eisenbahnen in Ludwigshafen einer großen Mannheimer Expeditionsfirma seit 20 Jahren Arbeits- und Lagerhausgebühren zurückerstattet, um die Firma zu veranlassen, ihre Frachtstücke nach der Schweiz über die Pfalzbahnen statt über die badische Bahn zu lenken. An jährlich etwa 1000 Wagen, die von Mannheim nach Basel gingen, fielen für die badische Bahn pro Jahr rund 80000 Mk. aus, d. h. in 20 Jahren 1600000 Mk. Für die Mißwirtschaft der pfälzischen Bahnverwaltung von dem unansehnlichen Charakter dieses Transportgeschäftes spricht die Thatsache, daß die Firma veranlaßt wurde, die jährlich zwischen 3000 bis 9000 Mark betragenden Rückvergütungen nicht zu buchen. Erst durch den Konkurs der Firma kamen diese Manipulationen ans Tageslicht. Der Vertreter der Regierung mußte in der Zweiten Kammer diesen Sachverhalt zugeben. Er teilte noch mit, daß auf eine Beschwerde der badischen Eisenbahnverwaltung hin die bayerische Regierung der Pfalzbahn für die Zukunft ein ähnliches Verhalten verboten habe und nunmehr durch einen Kommissar die Verwaltung der Pfalzbahnen daraufhin überwachen lasse, daß sie ihre Verträge halte.

Oesterreich-Ungarn.

Verzuckerung der Presse.

Nach einer Interpellation im Wiener Abgeordnetenhaus am 23. April ist es eine notorische Thatsache, daß von seiten der dem Kartelle angehörenden Zuckerindustriellen ungeheure Summen aufgewendet werden, um eine Verbreitung des Zuckerkartells in der Presse zu verhindern und daß sich die öffentlichen Blätter mit wenigen Ausnahmen mit dem Zuckerkartell und dessen schädlichen Wirkungen nicht beschäftigen. Die Interpellanten, die sich auf einen Artikel „Presse und Zuckerkartell“ stützen, richteten die Anfrage an den Ministerpräsidenten, ob er geneigt sei, mit allen erforderlichen Maßregeln gegen das Zuckerkartell vorzugehen.

Franreich.

Polizeiliche Liebedienste.

Paris, 23. April. Für den ermordeten Espygnin muß eine ganze Gelatomben von Opfern gebracht werden. Nicht nur in Russland, sondern auch in der französischen Satrapenrepublik. Dort wird mit Ausweisungen von Studenten gewillt. Die Hausnachungen waren nur die schickliche Einleitung dazu. Der offiziöse Temps schreibt, aus den bei Ruffen beschlagnahmten Papieren hätte sich ergeben, daß diese mit dem Bestehen einer verbrecherischen Verbindung gegen Espygnin bekannt waren und dieselbe billigten. Das ist natürlich ganz unverschämte Gelogen; aber da man Väterchen gefällig sein will, so werden die Studenten ausgewiesen, und darnum müssen sie natürlich im Komplott mit Espygnin Mörder gestanden haben. Die Offizien machen es allemal so, und die Spießbürger fallen jedesmal darauf herein.

Russland.

Die Folgen der Verschöpfung. — Er will es nicht gewesen sein. — Die Bauernrevolten. — Nach Kriegsbrot.

Die Folgen der Strafverschöpfung von Studenten machen sich der russischen Regierung sehr unangenehm fühlbar. Das beweist eine Zuschrift, die die Frankfurter Zeitung aus dem Aufrehrgebiet von Pottawa erhält und in der es heißt: „Viele von den an den letzten Universitäts-Anrufen beteiligten Studenten wurden nach verschiedenen Gouvernements verschickt, um dort zu bleiben, bis die Universitäten wieder eröffnet würden; allein die Wirkung dieser Maßregel ist eine ganz andere geworden, als die Regierung erwartet haben dürfte. Als Bettler oder Händler verkleidet, zogen die verbannten Studenten in den Dörfern umher und wiegelten die Bauern durch aufreizende Reden und Verteilung von Pamphleten gegen die Grundbesitzer auf. Die Pamphlete, welche sie massenhaft verteilten, hatten ungefähr folgenden Inhalt:

„Was Er. Maj. des Kaisers Nicolaus 2c. 2c. Mein in Gott ruhender Großvater, der Kaiser . . . hat Euch Bauern durch Aufhebung der Leibeigenschaft die Freiheit geschenkt und zugleich das Land unter Euch verteilt. Die Großen im Lande waren aber damit nicht zufrieden, sondern brachten das Land in ihren Besitz und haben Euch demnach bestohlen. Das Land, welches Ihr im Schwelge Eures Angesichts für kurzen Lohn bearbeitet, ist Euer Land, das Getreide in den Scheunen Eurer Bedrücker ist Euer

(Fortsetzung in der 1. Beilage.)

Diesem zwei Beilagen.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Getreide. Ich liebe Euch, und da ich auch ein gerechter Kaiser sein will, erlaube und befehle ich Euch, Euer Eigentum zurückzufordern und unter Euch zu verteilen als Euer rechtmäßiges Eigentum.

Es ist das ein alter revolutionärer Trieb der russischen Studentenbewegung, den schon seiner Zeit die Narodnaja Wolja verschiedenartig praktiziert hat.

Herr Bobjedonoffzow kriegt es mit der Angli. Bereits im vorigen Jahre hat der Oberprokurator des heiligen Synods das Bedürfnis gefühlt, das Odium der Brutalisierung der Studenten öffentlich von sich abzuschleiden und hat sich dazu eine amerikanische Zeitung gewählt.

Herr Bobjedonoffzow hat eine gute Nase gehabt. Die Weiden, die er als Schuldige denunziert, sind in der Zwischenzeit getötet worden.

Im Gouvernement Poltawa nehmen die Bauernrevolten zu. Dieselben werden durch das Einschreiten von Militär unterdrückt. Die Bauern breunen jetzt alles nieder und zerstören die Güter.

Der Regierungsbote meldet: Der Minister des Innern hat auf Grund des Artikels 17 des Gesetzes über Maßnahmen zum Schutz der Staatsordnung und der öffentlichen Ruhe für notwendig erachtet, den Prozeß wegen Ermordung des Ministers des Innern Sijjagiu dem Kriegsgericht zu übergeben, unter Anwendung des Standrechts.

Nordamerika.

Der Panamakanal.

Washington, 23. April. Der Staatssekretär des Auswärtigen und der kolumbische Gesandte unterzeichneten heute den Vertrag, welcher sämtliche Rechte, die der kolumbischen Regierung von der Panamagellschaft verliehen waren, auf die Vereinigten Staaten überträgt.

Australien.

Militärhunger.

In einem Bericht an die Regierung, in dem die Frage der Landesverteidigung behandelt wird, sagte der Kommandierende der australischen Truppen, General Sutton, die Garnisonstruppen besitzten sich auf 15 470 und die Feldtruppen auf 14 101 Mann; er schlug vor, die letzteren auf 28 748 Mann zu bringen.

Kleine Chronik.

Leipzig, 24. April.

Theaternachrichten. Im Neuen Theater findet am Freitag in Anwesenheit des Komponisten und zahlreicher auswärtiger Bühnenleiter und Kritiker die Erstaufführung der neuen Oper *Wiel Bärm* um nichts von Dr. C. Willers' *Stanford* statt.

Am Sonnabend wird im Neuen Theater die Schauspielnovität *Die Kollegin* mit Frau Käthe Brand als Gast in der Rolle der Marianne zum erstenmal wiederholt.

Für Sonntag ist der Spielplan wie folgt entworfen: Im Neuen Theater geht die *Waltüre* in Szene. Im Alten Theater wird nachmittags 1/2 8 Uhr für den Leipziger Arbeiterverein *Maria Magdalena* von Fr. Heibel, abends 7 Uhr *Madame Sans Gêne* mit Frau Käthe Brand als Gast in der Titelfolle zur Aufführung kommen.

t. **Widernsterner Widensons** 70. Geburtstag soll am 8. Dezember dieses Jahres vom ganzen skandinavischen Norden gefeiert und namentlich durch Aufführungen von Dramen des Dichters ausgezeichnet werden.

= **Wilhelm Busch** veröffentlicht in den Blättern folgende Dankfagung: Für die vielen Zeichen der Teilnahme bei Gelegenheit meines siebzigsten Geburtstages spreche ich hier meinen verbindlichsten Dank aus — nicht ohne Verlegenheit, denn wenn ich zurück denke an das, was ich war, so kommt es mir fast vor, als ob ich es gar nicht gewesen wäre.

trotzdem von Bedeutung, sich gegen Ueberfälle, die unternommen werden könnten, um Entschädigungsummen zu erpressen, zu schützen, den Handel zu zerstören oder sich Kosten zu verschaffen; deshalb müßte man für die Sicherheit der Flottenbasen sorgen.

Der Krieg in Südafrika.

Der neue Herr.

Aus Zululwayu wird berichtet: Die Grubenverwaltung nahm am 23. April eine Tagesordnung an, worin Dr. Jameson zum Nachfolger Rhodes' als Direktor der Chartered Company für Südrhodesia vorgeschlagen wird.

Streifzüge.

Bei einem nächtlichen Ueberfall bei Switerek am 15. April wurde der Bruder Delareys, der Bruder Coeks und der Adjutant Dewets gefangen genommen.

Dagegen ist der große Streifzug Bruce Hamiltons ohne jeden Erfolg verlaufen. 8 Kolonnen und 5 Panzerzüge nahmen daran teil, doch wurde nicht ein einziger Gefangener gemacht.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Ein Belehrter. Bei der Beratung der Steuerreform in der Ersten Kammer des Landtags hat sich der Oberbürgermeister von Dresden, Veitler, als Berichterstatter des Mehrheitsvotums der betreffenden Deputation u. a. für Aufhebung der Grundsteuer erklärt. Demgegenüber erinnert jetzt die Dresdener Zeitung recht possid daran, wie sich Herr Veitler im Jahre 1898 am 7. Mai in der Ersten Kammer über die Grundsteuer ausgesprochen hat.

Eine Petition um Abänderung des Klassenwahlrechts hat auch, wie aus dem 19. Verzeichnis der bei der Beschwerde- und Petitionsdeputation der Zweiten Kammer ersichtlich ist, der Landesverband evangelischer Arbeiter im Königreich Sachsen an den Landtag gerichtet.

Sächsishe Hütten- und Erzbergwerke bei Freiberg. Der Rückgang des sächsischen Erzbergbaues ist bekannt. Aber auch die Freiburger Hüttenwerke haben von Jahr zu Jahr geringere Erträge geliefert. Dem Bericht der Finanzdeputation der Zweiten Kammer über die Kap. 11 und 12 des Etats betreffend das Freiburger Hütten- und Bergbauwesen, sind „allgemeine Vorbemerkungen“ über den Stand des Freiburger Berg- und Hüttenwesens vorausgesetzt, die allgemeine interessierende Angaben enthalten.

deckt, durch beschränkte Wiedereinstellung jugendlicher Arbeiter kräfte den Betrieb wieder billiger zu gestalten und die durchschnittliche Arbeitsleistung so im Interesse größerer Fördermengen zu erhöhen. Eine umfangreichere Arbeiterentlassung kann bei der gegenwärtigen Krise nach Ansicht der Deputation nicht ins Auge gefaßt werden, denn es würde dadurch nicht nur ein wahrhafter Notstand in dem Freiburger Bezirke herbeigeführt, sondern auch der gänzliche Fortbestand des Freiburger Erzbergbaues in Frage gestellt werden.

Der Gesamtverlust bei dem Freiburger Erzbergbau betrug 1894 noch 2 619 000 Mark, er reduzierte sich durch die Betriebsbeschränkungen allmählich auf 1 534 000 Mark im Jahre 1900. Der Reinertrag der Freiburger Hüttenwerke ist in derselben Zeit von 1 053 000 Mk. auf 497 500 Mk. gesunken, der Gesamtverlust bei den sächsischen Freiburger Berg- und Hüttenwerken ging von 1894 bis 1900 von 1 568 000 Mk. auf 1 037 000 Mk. zurück.

Ergebnisse der sächsischen Staatsbahnen im 1. Quartal 1902.

Table with 2 columns: Month and Amount. January 8 977 761 Mk., February 7 589 190, März 9 025 890.

Die Gesamteinnahme beläuft sich sowohl im ersten Quartal 1902 auf 25 592 771 Mk. oder gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres auf ein Mehr von 19 300 Mk. Der Ueberschuß der Staatsbahnen ist im Etat für 1902/03 gemeinjährig eingestellt mit 31 811 420 Mk. oder gegen den Voretat 1900/01 weniger 3 870 780 Mk.

Von der sächsischen Versammlungs-freiheit. Die Einzelmitglieder des Deutschen Bergarbeiterverbandes in Gersdorf halten für Sonntag den 1. Dezember v. J. zwei Versammlungen angemeldet, die von der Amtshauptmannschaft Glauchau verboten wurden auf Grund der amtschauptmannschaftlichen Bestimmungen vom 12. November 1895.

Der Deutsche Bergarbeiterverband ist ein Verein, seine Mitglieder dürfen ohne weiteres Zusammenkünfte unter sich veranstalten, haben dieselben jedoch, da ihr Verein sich mit öffentlichen Angelegenheiten befaßt, nach § 21 des Vereinsgesetzes zuvor der Polizeibehörde anzugeben.

Selbstverständlich bleibt es der Polizeibehörde unbenommen, sich davon zu überzeugen, daß thatsächlich nur die Mitglieder des Verbandes an den Zusammenkünften teilnehmen, und ebensovienig ist sie unter Umständen behindert, eine beratige Zusammenkunft nach Lage des einzelnen Falles aus politischen Gründen zu untersagen.

Die Amtshauptmannschaft hat also Unrecht, die Polizei kann aber eine solche Versammlung nach Lage des einzelnen Falles aus polizeilichen Gründen untersagen.

Fortuna lächelt, doch sie mag Nur ungern voll beglücken; Schenkt sie uns einen Sommertag, So schenkt sie uns auch Mühen.

Was thut's? Mir wenigstens hat die Verfertigung meiner Sachen nicht bloß an sich schon Vergnügen bereitet, sondern ich fand mehr als genug Weisheit obendrein. — **W i e l e m B u s c h**.

= **Anschluß Dänemarks an die Berner Konvention.** Aus Kopenhagen wird berichtet: Einer Deputation des dänischen Schriftstellervereins gegenüber sprach sich der Kultusminister Christensen heute dahin aus, daß er beabsichtige, in der nächsten Reichstagsession zur Wahrung der Schriftstellerrechte im Auslande eine Vorlage betreffend den Anschluß Dänemarks an die Berner Konvention einzubringen.

= **Serumforschungen.** Gehelmer Medizinalrat Dr. med. v. Behring will den ihm zugefallenen Nobelpreis von 188 000 Mark dem preussischen Staate zur dauernden Sicherung der von ihm im Sommer 1896 gegründeten Anstalt für experimentelle Therapie an der Universität Marburg stiften, damit die von v. Behring begonnenen Serumforschungen in größerem Maßstab fortgesetzt werden können.

t. **Goldene Lebensregel für Bürger reaktionärer Staaten.** Im österreichischen Reichsrat erzählte der oberösterreichische Abgeordnete Winter, daß ein in den 50er Jahren wegen Lebens eines verbotenen Buches verhafteter Bauer an die Wand seiner Zelle folgenden Spruch politischer Weisheit angeschrieben habe:

Verträum' die Zeit, verlern' das Denken, Mach' stets ein Schaffgesicht, Laß dich von jedem Dasein lenken, Wenn er dich sieht, so mußt' dich nicht.

Auch heute noch dürfte dieser Spruch vieler Orten sich als probat bewähren!

t. **Ein armer Reicher** ist der vielfache Millionär John D. Rockefeller, der an Dyspepsie (Verdauungsunvermögen) leidet, so daß er bezüglich seiner Ernährung ebenso unglücklich ist, wie der blutarmste Proletarier. Jüngst hat der arme Reiche alle seine Kopfhare verloren. Seine jeden Augenblick seines Daseins überwachenden Ärzte lassen ihn seit Jahren schwerste physische Arbeiten verrichten, als Holzhacken und Steinschlagen. Seine Kost wurde von Jahr zu Jahr auf immer weniger Gerichte beschränkt, um endlich seit anderthalb Jahren nur aus abgerahmter, meist saurer

Milch und alten Brotrinden zu bestehen. Dazu kommt höchstens noch abgestandenes Mineralwasser. Er darf nicht rauchen, muß nach zehnstündigem schwerem Arbeitstag um 8 Uhr zu Bette gehen und sich vor der geringsten Aufregung hüten wie vor Feuer.

Als die merkwürdigsten Ausgrabungen, die mit Bezug auf den vorgeschichtlichen Menschen jemals gemacht worden sind, müssen ohne Zweifel diejenigen bezeichnet werden, die von Dr. Reisdner im Auftrag der Universität von Californien in der Umgebung des Plakes Girga in Oberägypten ausgeführt worden sind. An diesem Ort befindet sich ein altes Gräberfeld, dessen menschliche Reste aus verschiedenen Zeiten der letzten acht Jahrtausende stammen und jedenfalls bis in die ältesten Epochen des vorgeschichtlichen Alters zurückreichen. Das sonderbare und einzigartige an den hier gemachten Funden besteht in der außerordentlich vollständigen Erhaltung der menschlichen Körper, die wohl der Trockenheit der dortigen Atmosphäre und der Sorgsamkeit der Bestattung zuzuschreiben ist. Es ist geradezu unerhört, daß von menschlichen Körpern solchen Alters nicht nur die Haare, Nägel und Sehnen, sondern auch Muskeln und Nerven erhalten geblieben sind. In fast jedem einzigen Fall ist auch die Gehirnmasse noch vorhanden. Der Höhepunkt des Unerwarteten aber wurde bei zwei Körpern entdeckt, in deren Haupt sogar noch die Augen mit der Linse in gutem Zustand nachgewiesen wurden. Der nähere Untersuchung dieser sonderbaren Reste kam mit nur so größerer Spannung entgegengeesehen werden, als sie dem ausgezeichneten Anatomen der Keizerschule in Mailo Professor Elliot Smith übertragen worden ist, der sich auf zwei Monate nach Girga begeben hat. Wenn sich jemals eine Gelegenheit geboten hat, die körperliche Entwicklung des Menschen im Verlauf der letzten Jahrtausende festzustellen, so ist es hier der Fall. Professor Smith hat seine Untersuchungen bereits begonnen und an einem der uralten Menschenkörper noch Reste des Hautgewebes der Beine und des großen Eingeweidenetzes ermittelt, die er zunächst genau studieren will. Küber diesen ältesten Gräbern ist noch eine ganze Reihe späterer Gräber aufgedeckt worden, die den ersten 18 ägyptischen Dynastien angehören, dann andere aus der 18. Dynastie und noch weitere aus der ptolomäischen Zeit. Wir entnehmen diese erstaunlichen Nachrichten dem neuesten Heft der Nature.

schon mehrere Male die Vereinsversammlungen verboten. Am kommenden Sonntag findet nun dort wieder eine Vereinsversammlung der Bergarbeiter statt. Da jetzt der Entscheid des Ministeriums vorliegt, darf die Versammlung nicht mehr aus obigen Gründen verboten werden. Wenn aber die Polizei andere Gründe findet? Dann ist die Versammlung doch wiederum vereitelt und das ganze Beschwerdeverfahren kann von vorn beginnen.

es. Wlstan, 23. April. Auch die Ordnungsleute verstehen sich auf Obstruktion! Der hiesige zweite Bürgermeister, der als „liberal“ bekannt ist, hatte auf heute, also Königs Geburtstag, Stadtgemeinderats-Sitzung einberufen, da der Tag der regelmäßigen Sitzung ist. Als die Sitzung jedoch eröffnet werden sollte, waren nur vier der Stadtväter anwesend. Der Bürgermeister schickte aber schnell Schutzleute noch zu einer Anzahl Stadtväter und nach etwa einer halben Stunde war mit knapper Not die beschlussfähige Anzahl zusammengebracht. Von den Stadtvätern aber war nicht einer erschienen. Sie hielten es offenbar für unwürdig, an dem Tage parlamentarische Arbeit zu verrichten. Nach der Sitzung sah man sie, zum Teil in Offiziersuniform, zu dem von privater Seite arrangierten Festessen gehen.

Annaberg, 23. April. Das hiesige Postamt hat dieser Tage die aus den Nachbarorten hier verkehrenden Botenleute anhalten und einer Revision unterziehen lassen, wobei sehr viele verschlossene Briefschaften konfisziert worden sind. Bekanntlich ist es ausschließliches Recht der Reichspost, zwischen zwei Orten mit Postanstalten Briefe in verschlossenen Couverts zu bestellen. Für den einzelnen Verstoß gegen das Postmonopol wurden namhafte Geldstrafen den beteiligten Personen diktiert. Privatboten zwischen Orten mit Postanstalten dürfen nur offene Briefe befördern.

Alte Nachrichten aus dem Lande. In einem der elbawärts gelegenen sogenannten Teichbrüche oberhalb Station Schön a fällt man vorgestern mittag eine mächtige Sandsteinwand. Der Herabsturz der gewaltigen Steinmassen, die Tausende von Kubikmetern einfaßten, bot einen großartigen Anblick dar und verursachte starkes Geräusch. In den gegenüberliegenden Häusern rechts des Elbstromes erlittete durch diesen Herabsturz und das Ausfallen der gewaltigen Wand der Erdboden und stürzten Fenster und Türen. — Das Ergebnis des Lachsanges in der Elbe war im Jahre 1901 sehr günstig. Es gingen im ganzen 188 Stück ins Netz im Gewicht von 2687 Pfund. Seit 1886 sind nur drei Jahre mit einer höheren Fangzahl zu verzeichnen. Das Durchschnittsgewicht des einzelnen Lachses war 14 1/2 Pfund, am häufigsten kamen Fische von 15 bis 17 Pfund vor, nämlich 70 Stück. — In einem Restaurant in Grimnitzschau fiel vor mehreren Tagen abends bei turnerischen Übungen an einem Gerät der Schuhmann Seidel so unglücklich auf den Hinterkopf, daß er die Bewußtsein verlor und in bewußtlosen Zustände nach seiner in der unteren Mühlgasse gelegenen Wohnung gebracht wurde. Der Verunglückte, der verheiratet und Vater von drei Kindern ist, hatte an diesem Abend eine größere Summe Geldes bei sich, welche auf unerklärliche Weise abhanden gekommen ist.

L. Schenk, 23. April. Am Sonnabend fand im Saale der Goldenen Sonne eine liberale Wählerversammlung statt. Die Versammlung war so recht ein Beweis für die Bedeutungslosigkeit der Liberalen resp. freisinnigen Volkspartei hier am Orte, denn es mochten wohl im ganzen etwa 60 Personen anwesend sein; davon waren mindestens ein Drittel Sozialdemokraten. Als Redner war Herr Generalsekretär Fischer aus Berlin, der neue Kandidat der freisinnigen Volkspartei, erschienen. Nachdem dieser sich seinen Parteigenossen vorgestellt und den Wunsch ausgesprochen hatte, daß er an Stelle des Herrn Ritter in den Reichstags gewählt würde, sprach er über die Zollvorlage. Aus der Rede war zu entnehmen, daß Referent nicht prinzipieller Zollgegner sei, sondern nur die Erhöhung der bestehenden Zölle verwerfe. Am Schluß seiner Ausführungen wünschete Redner das deutsche Vaterland dadurch glücklich zu machen, daß die großen Güter zerschlagen und in so und so viele kleine Güter eingeteilt würden; ferner meinte er, sein Standpunkt sei nach links genau so scharf abgegrenzt wie nach rechts. Von unserer Seite trat dem Referenten Genosse Krüger-Halle in ebenso geschickter wie sachlicher Weise entgegen. Er erklärte die Ausführungen des Referenten für einseitig. Referent habe nur die Zollvorlage behandelt, es gäbe aber doch im deutschen Reich noch eine ganze Reihe Sachen, welche das arbeitende Volk genau so schwer bedrückten wie hohe Zölle, z. B. der Militarismus, niedrige Löhne, lange Arbeitszeit, Hausindustrie etc. Auch geistliche Krüger das Verhalten der Freisinnigen bei verschiedenen Gelegenheiten, so bei Beratung über die Lehrergehälter u. a. Durch eine Ausrede des Vorsitzenden, der Referent müsse fort, wurde Genosse Krüger am weiteren Sprechen verhindert. Nachdem der Referent auf Krügers Ausführungen geantwortet, bekam unser Genosse nochmals auf einige Minuten Gelegenheit, unseren Parteistandpunkt zu vertreten. In seinem Schlußwort erklärte der Referent, er würde uns dann ausgiebige Gelegenheit geben, unsere Ansichten darzulegen, er würde uns aber, des Mittens wir versichert sein, keine Antwort schuldig bleiben. Nun, Herr Fischer kann überzeugt sein, auch wir werden ihm keine Antwort schuldig bleiben. Die Versammlung wurde wiederholtweise mit einem Kaiserhoch geschlossen.

Am Schenkiger Wochenblatt macht der Redakteur Waltherr öfters bekannt, daß verschiedene Eltern für die neu aufgenommenen Kinder das Taufzeugnis noch nicht eingeschickt hätten. Er erinnert die Eltern an ihre Pflicht, dies zu thun. Es ist unersichtlich, wie der Herr Redakteur von einer Pflicht reden kann, wo doch gar keine Verpflichtung existiert. Es sei den Eltern hiermit gesagt, ein Taufzeugnis kann die Schulbehörde nur verlangen, wenn das Kind getauft ist.

g. Halle a. S., 22. April. Den künftigen Geflogenheiten entgegen wurde heute hier ein Majestätsbeleidigungsprozeß öffentlich verhandelt. Der Staatsanwalt hatte wohl den Ausschluß der Öffentlichkeit beantragt, aber der Vorsitzende des Gerichts, Geheimrat Grönert, erklärte, daß gar kein Grund vorliege, nicht öffentlich zu verhandeln. Angeklagt war der Stallschweizer Adolf Christmann aus der Schweiz, der gelegentlich eines Gesprächs mit den Knechten Emmerich und Lehmer auf einem Gute in Pragsch in Beziehung auf den deutschen Kaiser beleidigende Äußerungen gethan haben sollte. Die Beteiligten sprachen von dem deutschen Militär und der Angeklagte lobte sein Vaterland, die Schweiz, wobei er unter anderem bemerkte, der deutsche Kaiser könne machen was er wolle, das deutsche Reich stecke in Schulden; es wäre besser, der Reichstag hätte mehr Macht etc. Etwa 14 Tage später bekam der Angeklagte in einem Restaurant mit Emmerich Streit, da letzterer bei dem Billardspiel gemogelt haben sollte. Der Angeklagte sagte, mit einem Betrüger spiele ich nicht und Emmerich entgegnete: „Sei nur still, sonst zeige ich Dich wegen Majestätsbeleidigung an“, welche Drohung er dann auch ausführte. Der Vorsitzende hielt dem Zeugen Emmerich vor, daß die Anzeige wie ein Nachhall aussehe; denn wenn er sich über die Äußerung des Angeklagten geärgert hätte, dann hätte er doch sofort nach dem ersten Vor-

gang Anzeige erstatten können. Zeuge Emmerich stellte das in Abrede und der Angeklagte bemerkte, daß er gegen ihn nun Anzeige wegen Meineids erstatten müsse. Der bisher unbestrafte Angeklagte wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, während der Staatsanwalt vier Monate beantragt hatte. Er behauptet, unschuldig zu sein und bedauert, durch die Sache auch seine Arbeit verloren zu haben.

Mühlberg a. S., 23. April. Die Erzählung der „reblischen Pioniere von Hochdale“ war kürzlich im Organ des Hajeuarbeiterverbandes, der hier eine Zählstelle hat, abgedruckt worden. Genosse Seelisch, der das Blatt austrug, traf eins der Verbandsmitglieder nicht zu Hause an und gab darum das Blatt dem in der Nähe wohnenden Bruder des Mitgliedes, dem Fischermeister F. Wesser. Seelisch empfahl Herrn Wesser den Artikel zum Durchlesen und sprach den Wunsch aus, Wesser möge den Artikel dann auch dem Fischermeister Weyer zum Lesen geben, der Artikel treffe den Nagel auf den Kopf. Weiter sagte Seelisch nichts. Er war nicht wenig erlauth, als ihn Weyer wegen Beleidigung bei Gericht anzeigte mit der Begründung, Seelisch sei Sozialdemokrat, er nicht, und deshalb habe Seelisch ihn kränken wollen, als er ihm das Durchlesen jenes Artikels empfohlen ließ. Am 8. April fand nun Termin vor dem Amtsrichter statt, wobei Seelisch gefragt wurde, ob er der Führer der Sozialdemokratie sei; der dortige Konsumverein, so wurde weiter gesagt, scheine auch im sozialistischen Fahrwasser zu segeln, sonst würde er nicht das halbesche Volksblatt zum Publikationsorgan bestimmt haben. Schließlich machte der Amtsrichter den Vorschlag, Seelisch solle dem Weyer eine Ehrenerklärung geben und etwas in die Armenkasse zahlen. Natürlich ging Seelisch auf Feins von beiden ein, da er sich dadurch als schuldig bekennen würde, während er sich unschuldig wisse. Die große Staatsanwaltschaft hat nun damit gemeint, daß die Staatsanwaltschaft dem Genossen Seelisch mitteilte, sie habe das Verfahren gegen ihn eingestellt und den Weyer auf den Weg der Privatklage verwiesen.

+ Erfurt, 23. April. Wie einer zum Deserteur wird, zeigte eine Verhandlung, die heute vor dem Kriegsgericht der 38. Division stattfand. Angeklagt war der Musikleiter Laibach von der 11. Compagnie des 71. Regiments wegen Fahnenflucht, Preisgabe von Uniformstücken etc., Betrug und Diebstahl im widerholten Rückfalle. Teilweise durch die Angaben des Angeklagten, teilweise durch altemännliche Darstellung ergab sich folgende Leidensgeschichte: Laibach war vor seiner Dienstzeit des öfteren mit dem Straßgefängnis in Konflikt geraten und hatte u. a. zwei längere Strafen wegen Eigentumsvergehen verbüßt. Beim Militär wurde ihm dies nachgetragen; insbesondere war es der Unteroffizier Schaub, der sich Mißhandlungen zu Schulden kommen ließ und deshalb später auch zu 10 Tagen Mittelarrest verurteilt wurde. Auch über seinen Feldwebel klagte der Angeklagte; dieser habe ihn mit „Judthäusler“ tituliert und ihn und einen Kameraden scharf exerziert, so daß einmal ein Offizier dazwischen trat und fragte, warum die Leute so gezwiebelt würden. Der so Befandene schrieb einen Beschwerdebrief an den Divisionskommandeur, worin er seine Lage offenbarte. Beim persönlichen Ueberreichen des Briefes wurde dem Beschwerdeführer die Mitteilung, daß seine Beschwerden untersucht und die Schuldigen bestraft würden, daß er selbst aber auch wegen Nichtinnehaltung des Instandsetzungsvertrages Strafe zu gewärtigen habe. Nun bekam es der Musikleiter mit der Angst zu thun. Er machte seinem Hauptmann von dem Vorgefallenen Mitteilung, der ihm deshalb in sehr erregter Weise Vorhaltungen machte und wandte sich Schutz suchend an den Divisionskommandeur, den er aber nicht antraf. Jetzt gekraunte sich der Musikleiter überhaupt nicht mehr nach der Kaserne. Er trieb sich zunächst 14 Tage in Erfurt herum, erschwand sich einen Civilanlog und reiste dann nach Berlin, wo er von Mietschwindelern seinen Unterhalt bestritt und am 17. Februar verhaftet wurde. Das Gericht zog bei der Strafzumessung die dem Angeklagten widerfahrne Behandlung in Betracht und setzte wegen der Fahnenflucht die Mindeststrafe von 6 Monaten Gefängnis ein; wegen Betrug in 7 Fällen und Diebstahl in 6 Fällen wurden ihm aber mildebenende Umstände aberkannt. Da strafverschärfender Rückfall vorlag, wurde auf 5 Jahre Zuchthaus, 1050 Mk. Geldstrafe oder weitere 70 Tage Zuchthaus und die üblichen Nebenstrafen erkannt.

Erfurt, 22. April. Der Redakteur der Tribüne, Genosse Thienst, stand heute wieder einmal vor der Strafkammer. Durch ein paar Zeilen in der Wochenplauderei fühlte sich eine Familie, der Großprozeß vorgeworfen war, beleidigt und stellte Strafantrag. Die an sich leichte Sache nahm eine recht unangenehme Wendung, als wenige Tage nach dem Erscheinen der Tribüne die Frau starb und die Familie dies auf die durch die Tribüne hervorgerufene Aufregung zurückführte. Das gab natürlich dem Vertreter der Staatsanwaltschaft genügend Veranlassung, um über die Vernachlässigung der Tribüne zu zeteren. Er beantragte die Kleinigkeit von 1 Jahr Gefängnis. Das Gericht berücksichtigte, daß Thienst bisher unbestraft sei und erkannte auf vier Monate Gefängnis.

In einer zweiten Sache wurde gegen Genossen Hennig verhandelt. Es handelt sich um Beledigung eines Gerichtsreferendars. Die Strafkammer hatte in einem früheren Termin auf 1 Monat Gefängnis erkannt. Wegen Beschränkung der Verteidigung hob das Reichsgericht das Urteil auf. Die heutige Verhandlung endigte wieder mit der Verurteilung zu 1 Monat Gefängnis.

Soziale Rundschau.
Volkswirtschaftliches.

Ein internationaler Dampfertrust. Der amerikanische Riesen-Stahltrust erhält einen Bruder in einem internationalen Schiffahrts-trust. Aus den verschiedenen Gerichten, die jetzt darüber durch die industrielle Welt gehen, läßt sich folgender Kern herauswickeln: Die Konkurrenz unter den transatlantischen Dampferlinien zwingt die Gesellschaften dem Publikum Konzessionen in Schnelligkeit, Bequemlichkeit und Billigkeit der Fahrten zu machen. Das wird nun den Hauptlinien zu bunt; man will „Kapitalismus ohne Konkurrenz“. Zu diesem Zweck ist der Versuch gemacht, eine Vereinbarung der amerikanischen, englischen, holländischen und deutschen Schiffahrts-gesellschaften zu schaffen. Die Seele des Unternehmens ist der amerikanische Millonär, Eisenbahn- und Stahlkönig Morgan. Er scheint fast alle zwischen England und Nordamerika verkehrenden Dampferlinien zu einem Trust verschmelzen zu haben, dessen Grundkapital 170 Mill. Dollar (ca. 700 Mill. Mark) betragen soll. So sind direkt die White Star-Linie, die Dominion-Linie, die Leyland-Linie, die American-Linie, die Atlantic Transport-Linie und die Red Star-Linie vereinigt. Die Holland-Amerika-Linie ist durch Ankauf der Aktienmehrheit an die englische Schiffshausfirma Harland u. Wolff in Belfast, hinter der aber wieder Morgan steht, übergegangen. Ein weiterer Ankauf aller beteiligten Linien zu festen Bedingungen, gegen bar oder Aktien, ist in Aussicht genommen. Der Plan für die Vereinigung

der Schiffahrts-gesellschaften stimmt fast genau mit dem für den Stahltrust aufgestellten überein. Das Finanzierungssymbol für den Dampfertrust ist auch dasselbe, das den Stahltrust finanzierte. Schätzungen nach wird der gemeinsame Betrieb eine Ersparnis von 7 1/2 Proz. auf das gesamte Kapital bewirken. Es wird beabsichtigt, Ueberflüsse vom Reingewinn zur Erbauung neuer Schiffe zu verwenden, welche die deutschen an Schnelligkeit übertreffen sollen. Dies solle geschehen, um die Schiffahrts-Kombination auf gleiche Höhe mit dem Norddeutschen Lloyd und der Hamburg-Amerika-Linie zu bringen.

Diese beiden deutschen Linien, Norddeutscher Lloyd und Hamburg-Amerika-Linie, sollen untereinander ein Syndikat gebildet haben, das mit dem Trust auf Betriebsgemeinschaft hinzielende Verträge geschlossen hat. Es scheint sich einerseits um eine Abgrenzung des gegenseitigen Arbeitsgebietes zu handeln, andererseits aber auch um gegenseitige Gewinnbeteiligung. Eine Erhöhung der Tarife für Passagiere wie für Frachten ist jedenfalls als erste Folge der neuen Kombination zu betrachten.

Nach amerikanischen Meldungen werden die Vereinigten Dampfschiffgesellschaften wahrscheinlich binnen wenigen Monaten nach den neu getroffenen Abmachungen arbeiten. Eine spezielle Absicht dieser Morganschen Gründung soll sein, dem Stahltrust auf diese Weise die Transportkosten zu verbilligen und größeren Export zu ermöglichen, vor allem die englische Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen. Im Zusammenhang damit scheint eine Meldung von einer Neuorganisation des Stahltrusts zu stehen, nach der durch engere Betriebsschmelzungen ebenfalls größere Produktivität erzielt werden soll.

Von London kommt unterm 28. April die Nachricht: Eine neue Kombination von Schiffahrts-gesellschaften, darunter die Cunard Line und die Compagnie Generale Transatlantique, soll gebildet werden, um mit der Morganschen Kombination in Konkurrenz zu treten.

Wird diese Konkurrenz nicht auch bald übergeschluckt werden? — Die Krise arbeitet der Kartellpolitik mächtig in die Hände.

Sozialpolitisches.

Alte Leute — altes Eisen. Auf der Höhe Rhönig in La a r wurde dieser Tage mehreren im Maschinenhause des Hochofenbetriebes beschäftigten Arbeitern gefündigt, darunter solchen, die 30 bis 38 Jahre (!) auf der Rhönig gearbeitet haben. Diese Arbeiter hatten eine sehr verantwortungsvolle Stellung in dem Maschinenbetriebe, wo man nur pflichttreue und zuverlässige Leute gebrauchen kann. In dieses Maschinenhaus trat vor einigen Tagen der Oberingenieur Rhein und bedeutete dem betreffenden Meister: „Ich will die alten Leute hier nicht mehr sehen!“ Der betreffende Meister teilte den „alten Leuten“ mit, daß sie sich andere Arbeit suchen müßten. — Aber wo sie finden!

ac. Frauenarbeit in London. Gleichzeitig mit der letzten Volkszählung wurden zum erstenmal für die Grafschaft London Erhebungen angestellt über den Umfang der Frauenarbeit. Es wurde unterschieden zwischen Unverheirateten und Verheirateten und Witwen. Die Zahl der in London gewerblich thätigen weiblichen Personen über 10 Jahre beträgt 1 024 808, davon waren 933 754 unverheiratet, 900 614 verheiratet bez. Witwen. Von besonderer Wichtigkeit sind die Untersuchungen bezüglich der Heimarbeit, in der ein sehr großer Teil der Arbeiterinnen beschäftigt ist. In der Plätterei und Wäscherei sind 20 158 Unverheiratete und 27 204 Verheiratete bez. Witwen beschäftigt; davon in der Heimarbeit 13,9 bez. 28 Prozent. In der Nähmacherei beträgt der Prozentsatz der in der Heimarbeit beschäftigten 9,9 bez. 42,7; in der Schneiderei 18,7 bez. 39,6; in der Näherei 20,5 bez. 64,5; in der Embroiderfabrikation 21 bez. 58,8; in der Schuhindustrie 19,7 bez. 52,3; in der Papierindustrie 4,7 bez. 34,0; in der Wurst-, Pöfel-, etc. Industrie 10,3 bez. 50,2. Eine Tabelle, welche die gewerblich thätigen Frauen nach Altersklassen rubriziert, zeigt, daß die Lebensarten von dem Beruf der Frau in der Familie und am „heimischen Herd“ im weiblichen Leben keinerlei Bedeutung haben, denn es befanden sich unter den Frauen vom 25. bis zum 35. Lebensjahre 165 519 Unverheiratete, in der Altersklasse vom 35. bis zum 45. Lebensjahre waren es noch 68 012 und von 45 bis 55 Jahren waren immer noch 34 574 alleinstehende Frauen vorhanden, die ihr Brot selbst verdienen mußten.

Gewerkschaftliches.

ee. Baumwoll- u. Strichgarnbranche eingeleitete Lohnbewegung macht rasche Fortschritte. Quers wurden hier die Arbeiter der Firma F. Dürr vorstellt, die durch ihre Einigkeit eine Lohnaufbesserung von 15 bis 20 Prozent erzielten. Gestern folgten die Arbeiter der Firma J. Beutler. Eine Kommission wurde kurz abgefertigt mit den Worten: die Firma könne keinen Pfennig mehr Lohn geben. Später erklärte sie, die Arbeiter sollten erst nachweisen, daß andere Firmen mehr bezahlten, dann wollte auch sie zulegen. Darauf traten die 76 Arbeiter in den Streik ein, der auch heute noch andauert. Heute brachten die Ausständigen der Firma den Nachweis, daß andere Firmen, auch solche, die erst von der Firma Aufträge erhalten, höheren Lohn zahlten als die Firma Beutler. Trotzdem aber wurde den Arbeitern die geforderte Zulage verweigert. Daraufhin riefen die Ausständigen das Gewerbegericht als Einigungsamt an, das morgen verhandeln wird. Falls keine Einigung zu Stande kommt, werden die Arbeiter von 11 Webereien, die von der Firma Beutler Aufträge erhalten, also direkt abhängig sind, sich der Bewegung anschließen. Die Forderung besteht in der Aufbesserung des seitherigen Lohnniveaus um durchschnittlich 15 Prozent. Die zehnstündige Arbeitszeit haben sich die Arbeiter schon früher errungen.

Statistisches aus der Maurergewerkschaft. Die Maurer, die zweitgrößte deutsche Gewerkschaft mit 82 964 Mitgliedern im Jahre 1900, d. i. 86,57 Prozent der Berufskollegen, haben eine eingehende Lohn- und Arbeitsstatistik für 1900 veröffentlicht. Sie erstreckt sich auf 159 818 Maurer in 1455 Werken. Die Verschiedenartigkeit der Stundenlöhne ist auffallend: 65 Pfg. ist Höchstlohn der Maurer, das Minimum ist 18 Pfg. Der Durchschnittslohn beträgt 41 1/2 Pfg.; hoch zählte man allein 50 670 Maurer mit einem Lohn unter 35 Pfg. Die Lohnsteigerung in den 15 Jahren (1885—1900) beläuft sich auf 18,1 Pfg. (!) Der neunstündige Arbeitstag ist bisher nur im Berliner und Leipziger Lohnbezirk eingeführt. 13,1 Prozent der Maurer arbeiten weniger als 10 Stunden, 46 Prozent 10 Stunden und 40,9 Prozent über 10 Stunden (58 885 Maurer arbeiten 11 und über 11 Stunden). Die Verlängerung der Arbeitszeit beträgt zwischen 1885 und 1900 im allgemeinen 1/2 bis 1 Stunde, 57 477 Maurer hatten gar keine Veränderung zu verzeichnen, 540 sogar eine Verlängerung. „Accordmaurer“ zählt die Statistik 4866. Zum Verständnis all dieser Zahlen muß hinzugefügt werden, daß sie auf den Arbeitsplätzen in der Zeit vom 6. bis 11. August festgestellt worden sind. Es handelt sich also um eine Stichprobe. Um aus den Stundenlöhnen zur Kenntnis des Jahreseinkommens gelangen zu können, müßte man die Dauer der Arbeitslosigkeit wissen.

Der Generalstreik in Belgien.

Mit diesem Thema beschäftigte sich eine Volksversammlung, die gestern abend vom Vorstand des „Gewerkschaftskartells“ und vom Agitationskomitee der sozialdemokratischen Partei nach dem Kartell einberufen worden war. Der Referent, Genosse Ja e d h, bemerkte einleitend, daß, nachdem die Bewegung in Belgien ihren Höhepunkt überschritten habe, der heutigen Versammlung mehr eine theoretische, rückschauende, betrachtende Aufgabe zufalle. Müßiglos könne man jetzt die Kritik an die Vorgänge ansetzen. Belgien sei in seiner staatlichen Existenz das Kind einer doppelten Revolution. Bereits im 18. Jahrhundert haben sich die damaligen niederländischen Provinzen gegen die spanische Fremdherrschaft erhoben. In jahrzehntelangen Kämpfen

Es ist den südlichen Provinzen nicht, die spanische Herrschaft wenig von sich abzuschütteln. Damals habe hier, in dem heutigen Belgien, der Katholizismus eine Hochburg errichtet. Nachdem infolge der Julirevolution 1830 Belgien die staatliche Existenz erlangt habe, wurde der neue Staat für alle die, die für den konstitutionellen Staat geschwärmt haben, der vorbildliche Musterstaat. Belgien habe in wirtschaftlicher Beziehung relativ den entwickeltesten Industrialismus aufzuweisen. Auf eine Bevölkerung von über 8 Millionen Köpfen kommen 823 000 Arbeiter und Arbeiterinnen; davon gehören 446 000 der Großindustrie an, insbesondere der schlechtbezahlten Textilindustrie, Steinkohlenindustrie und Glasindustrie. Aber wie in keinem anderen Lande sei hier ein Tiefstand der Arbeiter und ihrer Lebensverhältnisse zu finden. Unter dem Druck der katholischen Herrschaft und der Geistlichkeit habe sich das Land die schrecklichsten Verhältnisse gefallen lassen. Frauen- und Kinderarbeit seien dort am weitesten verbreitet; bis 1887 habe das Land keine Arbeitervereine gekannt. Durch den Anstoß von außen, durch die Internationalen, sei die biederne Ruhe gestört und die Regierung aufgefordert worden. Die gewaltthätige, brutale Art, wie in den letzten Jahren die Streiks in Belgien unterdrückt worden sind, habe dem bei den Arbeitern die Meinung aufkommen lassen, daß ihre Ziele ebenfalls durch gewaltthätige Mittel, in erster Linie durch den Generalstreik, zu erreichen seien. Bis 1888 hätten die belgischen Arbeiter in politischer Tätigkeit Abstinenz geübt; dann sei ihnen durch eine verheerende Krise die Notwendigkeit der Erwerbung des Wahlrechts klar gemacht und versucht worden, sie zur politischen Aktion zu erziehen. Im Jahre 1893, als 250 000 Arbeiter für das allgemeine Wahlrecht demonstrierten, sah sich die Kammer genötigt, die Verfassungsrevision und die Gewährung des allgemeinen Wahlrechts zu diskutieren. Es wurde zwar das allgemeine, aber nicht das gleiche Wahlrecht eingeführt. Nach dem Ruralwahlrecht werden 915 000 Wähler mit einer Stimme durch 557 000 Wähler mit 1 353 000 Stimmen erdrückt. Die Stärke der Parteien verleihe sich unter dem Ruralwahlrecht so, daß die Liberalen 995 000, die Sozialisten 467 000, die Liberalen 450 000, die Progressiven 48 000, die christlichen Demokraten 58 000 Stimmen aufbrachten. Da alle Parteien, außer den Liberalen, einer Revision der Verfassung zugänglich seien, so stehen den 995 000 Liberalen Stimmen 1 020 000 der Revisionsparteien gegenüber. In der Kammer sind die ersteren mit 84, die letzteren mit 64 vertreten. Daraus erklärt es sich, daß die Sozialisten, wenn sie eine Änderung der Gesetzgebung herbeiführen wollten, ein taktisches Zusammengehen mit anderen Parteien erzwängen konnten. Dieses habe zu einem Kompromißprogramm geführt, das materiell von dem Interesse der anderen Parteien beeinflusst war. Das Proportionalwahlrecht war die erste Bedingung, die den Sozialisten von den Liberalen auferlegt worden ist. In diesem Punkt sei leicht eine Einigung zu erzielen gewesen. Anders sei es mit der Frage des Frauenstimmrechts; und es wäre wohl zu überlegen gewesen, ob man nicht besser gehen hätte, die Forderung des Frauenstimmrechts aufrecht zu erhalten, insbesondere da die Liberalen den Schachzug machten, das Frauenstimmrecht gegen das Ruralwahlrecht auszuspielen. Die Sozialisten entschieden sich jedoch für die parlamentarische Allianz mit den Liberalen und wollten diese durch eine Parallelation in Form des Generalstreiks unterstützen, die mit logischer Notwendigkeit das parlamentarische Zusammengehen sprengen mußte. An diesem inneren Widerspruch der Taktik mußte die Bewegung scheitern. Die Sozialisten konnten, wie 1893, allein gehen; sie waren dann nur eine kleine Anzahl im Parlament, aber sie waren nicht programmatisch und taktisch an bürgerliche Parteien gebunden und konnten ihrer parlamentarischen Aktion durch den Generalstreik Nachdruck geben. Allein, auf der einen Seite mit den Liberalen ein Hand in Hand gehen, auf der anderen Seite das Bürgertum durch den Generalstreik ins Wackertreten, das seien Widersprüche, in deren Folge die Bewegung in allen ihren Phasen unbefriedigend verlaufen mußte. Außerdem habe die Sache nicht geklappt; die parlamentarische Aktion, die durch den Generalstreik unterstützt werden sollte, sei bereits vorüber gewesen, als der Zustand erst den Höhepunkt erreichte. So sei es nur zu begreifen, daß nicht schließlich noch unnützig Kräfte vergeudet worden sind. Aber die Position der Regierung ist in der Kammer und im Lande gestärkt worden. Der Generalstreik ist eine alte Tradition der belgischen Arbeiterbewegung. Es kann Verhältnisse geben, wo der Generalstreik als politisches Mittel Erfolg hat, wenn es nämlich gilt, der herrschenden Gesellschaft den Waffenstand der Arbeiterklasse möglichst nachdrücklich zum Bewußtsein zu bringen und gesellschaftliche Umwälzungen politisch festzulegen. Das sei 1893 der Fall gewesen. Man muß aber diesmal rückhaltlos anerkennen, daß die letzte Bewegung in Belgien eine Schlappe erlitten hat. Sie ist nicht die erste Schlappe, die die Arbeiterbewegung erlitten hat, und es ist nur zu wünschen, daß sie die belgischen Genossen veranlaßt, ihre Kampfmittel einer Revision zu unterziehen, die für ihre fernere Taktik maßgebend ist. Gelegenheit hierzu wird sich bei den nächsten Wahlen zeigen. Der Zusammenbruch der Bewegung dürfte aber uns nicht abhalten, unsere materiellen Pflichten zu erfüllen.

In der folgenden Diskussion bemerkt Genosse Lotz, daß sich die belgischen Genossen bei der Frage des Generalstreiks in einer schlimmen Lage befinden. Nicht in allen Fällen sei der Generalstreik zu vermeiden, und in der Situation, wie sie in Belgien geschaffen war, bliebe überhaupt kein anderes Mittel.

Genosse G r e n z: In Sachsen habe man nach dieser Richtung ein Beispiel gehabt. Hier handelte es sich nur darum, das Bestehen zu erhalten, in Belgien sollte etwas errungen werden. Der Generalstreik sei nicht immer sinnlos, und die belgischen Arbeiter hätten gar nicht daran, diese Taktik aufzugeben. Gerade die ruhige organisierte Arbeit müsse zu solchen Mitteln führen. Der Arbeiter, der nichts besitzt, als seine Arbeitskraft, werde, wenn man ihm seine Rechte vorenthält, diese Arbeitskraft einst zurückzuziehen müssen.

Genosse S e g e r glaubt nicht, daß sich die Verhältnisse bei einem Angriff auf das Wahlrecht im Reich besonders von den Verhältnissen, wie sie sich in Sachsen gezeigt haben, unterscheiden werden. Die Gewerkschaften drängen mehr auf Unterstützungseinstellungen hin, als auf beratige Kampfstellungen.

In seinem Schlußwort erklärt Genosse J a c o b, daß der Generalstreik erst da als letztes Mittel in Frage kommen könne, wo es sich um ein Lebensinteresse der Gesamtarbeiterklasse, insbesondere auch der Gewerkschaften handle. Bei einem bundesstaatlichen Wahlrecht könnte ein solches Interesse kaum in Frage kommen, wohl aber beim Reichstagswahlrecht. Endlich sei dabei nicht nur die wirtschaftliche und industrielle, sondern auch die geistige Entwicklung der Massen ausschlaggebend. Der Generalstreik muß aber, wenn er angewandt wird, so angewandt werden, daß er die politisch-parlamentarische Aktion nicht lähmt und selbst von ihr nicht gelähmt wird. Das letztere zeigen insbesondere die jüngsten Ereignisse in Belgien.

Vereine und Versammlungen.

Wauhschlöffer.

In der am 19. April im Coburger Hof abgehaltenen öffentlichen Wauhschlöfferversammlung sprach Genosse P i n t a u über die mohamedanisch-arabische Kulturperiode. In längeren, mit reichem Beifall belohnten Ausführungen erläuterte der Referent das Wesen der mohamedanisch-arabischen Kulturperiode und ihre Bedeutung für unsere heutige Kultur. Unter Gewerkschaftlichem wies der Vorsitzende auf die auf der Generalversammlung in Nürnberg betriebs der Kaiserin angenommene Resolution hin und forderte zu zahlreicher Beteiligung auf. Treffpunkt früh 8 Uhr im Coburger Hof. Weiter wurde bekannt gegeben, daß der diesjährige Ausflug am Himmelfahrtstag nachmittags 2 1/2 Uhr vom Coburger Hof aus nach Gaußsch stattfindet. Zum 3. Punkt der Tagesordnung, Wahl eines Vertreters zum Gewerk-

schaftskongress, wurde mitgeteilt, daß wegen der Verlegung des Centralwahlkomitees von Jena nach Leipzig die Wahl erst am 26. April vorgenommen wird. Ihr Wahlrecht können die Kollegen bei Vorlegung des Mitgliedsbuches in der betreffenden Metallarbeiterversammlung, sowie in folgenden Lokalen am 3. Mai ausüben: Wirtenshäuser, Mönchshof, Sängerkasse, Reichsmann Restaurant, Albertgarten, Restaurant Wäffel, Feuerzeichen Restaurant, Gambrius, Connewitz, Coburger Hof, Köhler, Leusch, Käffig, Kleinschöcher, Restaurant Kamerun und Zwei Linden.

Generalversammlung des Arbeitervereins Wädern.

Aus dem Geschäftsbericht geht hervor, daß der Verein gegenwärtig 116 Mitglieder hat. Mitgliederversammlungen haben neun stattgefunden, außerdem eine Generalversammlung. In diesen Versammlungen sind drei Vorträge und eine Vorlesung abgehalten worden. Der Durchschnittsbetrag war 36 Personen. Der Verein veranstaltete eine Abendunterhaltung und einen Familienabend. Der Bericht der Sängerkabine kann wegen Abwesenheit des Obmanns nicht erstattet werden. Die Bibliothek umfaßt 94 Bände und wurde von 27 Mitgliedern benutzt. Es folgt noch der Bericht der Turnerabteilung. Die Abteilung zählt jetzt 63 Mann. Ein Antrag des Vorstands, am 1. Januar das Geschäftsjahr zu beginnen und am 31. Dezember zu schließen, wird angenommen. Am 3. Mai soll ein Vortrag über wissenschaftlichen Sozialismus gehalten werden. Zur Musikerfrage betreffs des Wirtenshäuserns nimmt die Versammlung abwartende Stellung ein.

Volksbildungsverein zu Markkleeberg u. Umgegend.

In der Versammlung am 19. d. Mts. teilte der Vorsitzende zunächst das Resultat der Sitzung mit dem hiesigen Turnerverein betreffs der Lokalfrage mit. Des weitern bedauert Genosse B e d den allzu schwachen Besuch der heutigen Versammlung. Es wird hierauf von verschiedenen Rednern getuschelt, die Versammlungen wieder alle vier Wochen tagen zu lassen. Nachdem sich verschiedene Vorstandsmitglieder hiergegen gewandt hatten, wurde beschlossen, die Versammlungen alle 14 Tage einzuberufen. Die anderen Punkte der Tagesordnung werden wegen zu schwachen Besuchs zurückgestellt. Nachdem im 4. Punkt: Gemeindeangelegenheiten, sich noch mehrere Redner über eine Anzahl Mängel ausgesprochen und eine Briefkastenfrage erörtert worden ist, wurde die Versammlung geschlossen.

Im Arbeiterverein Stellung und Umgebung

Speach am Sonnabend Genosse D u n d e r über das Thema: Die Bedeutung der Volksbildung in sozialer Beziehung. Einleitend rügt er den schlechten Besuch der Versammlung, der nicht gerade auf Bildungsbedürfnis schließen lasse. Er führte dann aus, daß der Handwerker eine umfassendere Fachbildung besitzen müßte als der Fabrikarbeiter. Dadurch, daß der ungelernete Arbeiter sich bei der Arbeit weniger geistig anzustrengen braucht, werde er einer besseren Allgemeinbildung zugänglich. Das Geistesleben des Arbeiters beginne somit erst nach Feierabend. Hieraus erklärten sich auch die vielen Bildungsbestrebungen der Arbeiter. Auf den elementarsten Grundlagen jeder Bildung, nämlich auf Lesen, Schreiben, Rechnen und Neben, könnten Naturgeschichte, Gesellschafts- und Geschichtswissenschaft erfolgreich aufgebaut werden. Mit der Aufforderung, jeder möge so viel als möglich zur Hebung der Allgemeinbildung beitragen, um den größten Feind der Arbeiterklasse, den Unbestand der Massen, zu bekämpfen, schloß der Redner seinen lehrreichen, beifällig aufgenommenen Vortrag. Eine lebhafteste Debatte schloß sich an. Nachdem noch der Vorsitzende auf die Weise aufmerksam gemacht hatte, erfolgte der Schluß der sehr anregend verlaufenen Versammlung.

Gerichtssaal.

Reichsgericht.

Leipzig, 22. April.

Prozeß von Kriegsheim. Zum drittenmal hatte sich heute das Reichsgericht mit dem ehemaligen Bankdirektor E r i c h v. K r i e g s h e i m zu befassen. Es handelte sich um ein Urteil des Landgerichts I in Berlin vom 25. November v. J. durch welches v. K. wegen Urkundenfälschung und versuchten Betrugs zu einer Zusatzstrafe von einem Jahr sechs Monaten zu einer anderen noch nicht vorläufigen Gefängnisstrafe von drei Jahren sechs Monaten verurteilt worden ist. In dem ersten Verfahren handelte es sich um elf Straffälle. Auf Revision des Angeklagten wurde seiner Zeit die Verurteilung in vier von diesen Fällen aufgehoben. In der neuen Verhandlung vor dem Landgericht wurden drei von diesen Fällen behufs späterer Verhandlung ausgeschieden und in dem vierten Falle wurde auf Freisprechung erkannt. Gleichzeitig wurde aber der Angeklagte wegen eines neu hinzugekommenen Falles (Graf G l o s s t e i n) verurteilt. Die Revision des Angeklagten gegen diese Verurteilung wurde vom Reichsgericht verworfen. Jetzt handelt es sich nun um die drei Fälle, in denen damals die Verhandlung ausgesetzt worden war. Vor Beginn der heutigen Revisionsverhandlung, zu der ein Verteidiger nicht erschienen war, traf eine Eingabe des Angeklagten ein, in welcher er um Aussetzung der Verhandlung ersuchte, bis er wieder verhandlungs- und transportfähig (er befindet sich in Plöbensee) und im stande sei, mit seinem Verteidiger zu konferieren, neue Verteidiger zu bestellen u. dgl. m. Am 12. April sollte telefonisch über seinen Gesundheitszustand gefragt werden u. dgl. m. Auf Antrag des Reichsanwalts lehnte das Reichsgericht den Verlegungsantrag ab, da aus den zahllosen Eingaben des Angeklagten die Absicht der Verschleppung hervorgehe. — Was die Sache selbst betrifft, so handelt es sich in dem ersten Falle um die Fälschung der Unterschrift eines Würgens unter einem Schuldschein, in den beiden anderen Fällen um Manipulationen mit Wechseln, in denen der versuchte Betrug erblüht worden ist. — Die Revision des Angeklagten enthielt materielle und prozessuale Mängel. Der Reichsanwalt hielt keine derselben für begründet. Mindestens sei in dem Urteile kein Rechtsirrtum zum Nachteil des Angeklagten zu finden. Vermögensgefährdung, welche hier festgestellt sei, enthalte bereits den Tatbestand des vollendeten Betrugs. Das Vermögen der Herren v. N i c h t h o f e n und v. R a n k e sei gefährdet gewesen, weil sie erst in einem Zivilprozeß den Einwand der Nicht-Wechselfähigkeit hätten erheben können. — Das Reichsgericht erkannte auf V e r w e r f u n g der Revision. Eine prozessuale Rüge wurde zwar für begründet erachtet, jedoch beruhte nach Ansicht des Reichsgerichts das Urteil nicht darauf. Der prozessuale Verstoß bestand darin, daß ein früheres Urteil, welches als Beweismittel für die Schuldfrage benutzt worden ist, nicht zum Gegenstand der Verhandlung gemacht worden ist.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 24. April.

Achtung, Schahmacher! Der Streit der Arbeiter in der Schuhfabrik von Läder u. Comp. in Wurgun dauert unverbändert fort. Das Streikkomitee. J. A.: Moll.

Zur Aussperrung bei den Firmen Heinrich und Gustav Schünfeld in Crimmitschau wird uns geschrieben: Da wir in Erfahrung gebracht haben, daß obige Firmen Textilarbeiter aller Art nach Crimmitschau suchen, machen wir die Kollegen und Kolleginnen allerorts darauf aufmerksam, daß infolge Maßregelung des Vorsitzenden des Arbeiterausschusses, sowie wegen Lohnindifferenzen die Arbeiter ausgesperrt wurden. Die Behandlung seitens der C p f s, sowie die übrigen Zustände in den betreffenden Fabriken lassen viel zu wünschen übrig, die Löhne gehören mit zu den niedrigsten in Crimmitschau. Jeder Kollege,

der die Interessen seiner Mitarbeiter vertrat, zog unbarbarisch auf's Pfaster. Kollegen und Kolleginnen allerorts, wir appellieren an Euer Solidaritätsgefühl. Alle Anfragen sind an Albin Hecht, Herrengasse Nr. 13, Restaurant Konsumverein, 2 Treppen, zu richten.

Im Freigabe des 1. Mai hatten sich die hiesigen Einzelmitglieder des Centralverbandes der Brauer und Berufsgenossen auch in diesem Jahre an den Brauereiverein zu Leipzig gewandt. Der Brauereiverein hat auf dieses Ansuchen erklärt, daß er gegen einen von den Arbeitnehmern angeforderten Urlaub für 1. Mai nichts einwenden wolle, vorausgesetzt, daß der Urlaub von den Interessenten bis zum 24. April abends 6 Uhr bei den Betriebsleitungen eingereicht sei und eine Lohnzahlung für diesen Tag weder beansprucht noch bewilligt werde.

Städteprotest gegen den Zolltarif. Die zur Stellungnahme gegen die Zolltarif-Vorlage geplante Versammlung von Mitgliedern städtischer Körperschaften Deutschlands wird am 12. Mai, morgens 11 Uhr, im Hotel Kaiserhof in Berlin stattfinden. Als Berichterstatter wird u. a. Stadtrat Fischbeck, Berlin fungieren. Die Anmeldungen zur Teilnahme an dieser Versammlung sind bereits zahlreich eingegangen. Auch die Leipziger sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion wird drei Vertreter entsenden.

Ueber die Erhöhung des Straßenbahnfahrpreises an Sonntagen wird jetzt in der hiesigen Presse in zahlreichen Artikeln und Eingebands geschrieben. Auch in bürgerlichen Vereinen wird über diese Angelegenheit vielfach debattiert, um den betreffenden Stadtverordneten für ihre Abstimmung eine Richtschnur zu geben. Dem Ditvorstädtischen Bezirksverein, der sich kürzlich für die geplante Erhöhung aussprach, ist der Südvorstädtische Bezirksverein gefolgt. In der am 22. April abgehaltenen Versammlung, in der über diese Tarifänderung gesprochen worden war, konnte der Vorsitzende, Stadtv. Sauer, das Ergebnis der Debatte dahin zusammenfassen, „daß man, wenn man auf eine Erhöhung des Tarifs zukommen müßte, diese auf den Sonntagsverkehr beschränkt wissen wollte“. Die Stadtverordneten werden in nächster Zeit über die betreffende Ratssvorlage, die eine Verlesung des Publikums bedeutet, das lediglich den Sonntag zur Erholung benutzen kann, Beschluß zu fassen haben. Bei dieser Beratung werden auch die Eingaben des deutschen nationalen Handlungsgehilfenverbandes und des Leipziger Mietervereins, die sich bekanntlich mit aller Entschiedenheit gegen die Fahrpreiserhöhung wenden, Erwähnung finden.

Zu den diesjährigen Stadtverordnetenwahlen beschloß der Südvorstädtische Bezirksverein, sich dem vereinigten Bürgerwahlsomitee wieder anzuschließen. Auch der Hausbesitzerverein zu L.-Vohlsitz hat kürzlich beschlossen, sich wieder an den Vorbereitungen zu den Stadtverordnetenwahlen zu beteiligen.

Zu der Hauptversammlung des nationalliberalen Landesvereins, die am Sonntag den 4. Mai im Zoologischen Garten abgehalten wird, ist folgende Tagesordnung aufgestellt worden: 1. Vortrag des Landtagsabgeordneten Gontard über die sächsische Landtagsession mit besonderer Rücksicht auf die Finanzverhältnisse; 2. Jahresbericht, erstattet vom Generalsekretär Breilhaupt; 3. Kasienbericht, erstattet vom Stadtrat Nagel; 4. Vespredung der zukünftigen Reichstagswahlen; Berichterstatter Generalsekretär Dr. Gehrke; 5. Stellungnahme zur Frage einer Neugestaltung des sächsischen Landtagswahlrechtes.

Leipziger Fremdenverkehr. Nach den beim Verkehrsverein Leipzig eingegangenen polizeilichen Mitteilungen sind in der Woche vom 14. bis 20. April in den Leipziger Hotels 3257 Fremde angekommen, darunter 2924 Reichsdeutsche, 307 aus anderen europäischen Staaten und 26 aus außereuropäischen Ländern.

Zu der diesjährigen internationalen Motorfahrzeug- und Fahrradausstellung, die in der Zeit vom 18. bis 27. Oktober im Kristallpalast abgehalten wird, gehen schon jetzt die Anmeldungen zahlreich ein. Es sind Komitees in der Bildung begriffen, die besondere amerikanische und französische Sektionen planen.

Patentanmeldungen sächsischer Erfinder. Gegen diese Patentanmeldungen kann bis zum 21. Juni Einspruch erhoben werden. N. 8. Vesteilung (außer Hüten) N. 41. Näherer und Sticker. N. 52 und Schuhwerk N. 71. — C. 10218: Handschuhverschluss, S. Cohn, Johanngeorgenstadt i. S. — N. 12. Chemische Verfahren und Apparate, soweit sie nicht in besonderen Klassen aufgeführt sind. C. 10110: Verfahren zur Herstellung von Acetolchmin, Chemische Fabrik von Seyden, A.-G., Radebeul b. Dresden. — N. 47. Maschinenelemente. S. 15119: Schmiervorrichtung mit einem in die Leitung eingeschalteten Druckregler, Sächsische Armaturenfabrik, A.-G. vorm. W. Mitschall, Deuben b. Dresden. — N. 86. Weberei. T. 7831: Kettenregulator für Webstühle zur Herstellung von Frotteer- und ähnlichen Waren, G. Thiele, Neugersdorf i. S.

Zu Gefähr zu ertrinken geriet gestern mittag der fünfjährige Sohn des Droschkenbesizers Gerber in der Fregestraße, indem er beim Abpflücken von Gras auf der Uferböschung der alten Elster den Halt verlor und in die Elster hinabrollte. Das Kind wurde von dem 13jährigen Knaben Rösche aus der Waldstraße wieder aus dem Flusse gezogen und seinen Eltern zugeführt.

Ein Kind vermisst. Gestern vormittag wurde die achtjährige Minna Frida Runkel, deren Eltern in L.-Lindenau, Weststraße 38, wohnen, von ihrer Mutter nach Leusch geschickt, wo sie etwas kaufen sollte. Von diesem Wege ist die Kleine bis jetzt noch nicht wieder in die elterliche Wohnung zurückgeführt. Das Kind war barfuß und ohne Kopfbedeckung, trug ein blauweiß- und rotfarbtes Kleid und eine schwarze Schürze. Die besorgten Eltern besuchten, daß dem Kinde ein Unglück zugestoßen ist.

Vermisst wird seit dem 21. April der am 7. August 1859 in Weiskensfeld geborene Kaufmann Heinrich Otto Kothke aus seiner in der Alexanderstraße gelegenen Wohnung. Es wird befürchtet, daß sich der Vermisste ein Leid angethan hat. Kothke ist von mittlerer Größe, kräftig, hat blondes Haar und blonden Schnurrbart. Seine Kleidung besteht aus schwarzem Gehrock, grünlichem Sommerüberzieher, schwarzem Filzjuch und Lederhalsbändern.

Bekehrter. Wegen Bekehrungs erfolgte gestern die Festnahme eines 44 Jahre alten Handelsmanns aus Bleicheroda, der, ohne Geldmittel zu besitzen, in einem Restaurant am Königsplatz eine größere Beche machte und dann heimlich zu verschwinden versuchte. — Ein anderer Bekehrter wurde in der Person eines 32 Jahre alten Kustreikers aus Rudolstadt in einem Lokal der Sternwartenstraße festgenommen.

Eine Mordthat wurde gestern in der Person einer 48 Jahre alten Arbeiterin aus Döbitz, die wegen ähnlicher

Vergehen schon vielfach bestraft ist, dabei abgefaßt, als sie an einem Messerhande einen Diebstahl ausführen wollte.

Meine Polizeinacht. Ein 43 Jahre alter Arbeiter mußte deshalb zur Verantwortung gezogen werden, weil er sich in einer Fabrik in der Plagwitzer Straße in L.-Meiningshöcher, wo er in Arbeit stand, der Entwendung von Ruchhölzern im Werte von 70 M. schuldig machte.

Wiederum ist der Wagen eines Butterhändlers herabstürzen worden und zwar gestern in der Petersstraße. Dem Diebe fiel ein Korb mit 52 Stückchen Butter und ein Geldbetrag von 13 M. in Ridelmützen in die Hände.

Vor einigen Tagen wurde in der Petersstraße von einem Wagen ein Paket mit 1000 Stück Cigaretten, Marke Crueba, gestohlen. Der Beschädigte hat auf die Ermittlung des Diebes 10 M. Belohnung ausgesetzt.

In der Nacht zum Mittwoch versuchten Einbrecher in ein Geschäftsflokal der Graßstrasse einzudringen. Sie wurden aber gestört und verjagt.

Zur Nachtzeit sind in der Südvorstadt aus einem Schuppen drei große Kufenhäuser und eine vernickelte Luftpumpe gestohlen worden.

Aus der Bodenkammer eines Grundstücks der Albertstraße in L.-Meiningshöcher wurde eine Partie Wäsche entwendet.

In der Ludwigstraße zu L.-Neustadt wurde gestern Abend die Ehefrau eines Briefträgers von einer Ohnmacht befallen. Man trug die Verunglückte in ein Haus, wo sie sich nach einiger Zeit wieder erhob.

Gestern Vormittag wurde in der Tauscher Straße ein 40jähriger Handarbeiter aus Volkmarzdorf von einem schweren Krampfanfall heimgeführt. Der Erkrankte mußte mittels Drofsäge in seine Wohnung gebracht werden.

Von einem Radfahrer umgerissen und leicht verletzt wurde gestern Nachmittag am Johannisplatz ein Dienstknecht aus Auhäusen. Den Radfahrer traf kein Verbrechen.

Aus der Partei.

Die Zeitung Arbeitslos ist frei! Vier Monate nach der Konfiskation der Weihnachtzeitung Arbeitslos, die ja in der Buchhandlung Vorwärts mit ungeheuerlichem kriminallistischem Aufwand von Hausfuchung, Geschäftsblückerbeschlagnahme, widerrechtlicher Siegelerschleichung u. dgl. vor sich ging, erfolgte endlich am 23. April die Gerichtsverhandlung gegen den der „Aufreizung zu Gewalttätigkeiten“ angeklagten Verleger und Redakteur Genossen Th. Glöck. In allen Urteilen, in allen Illustrationen, sogar in „zahlreichen Gedankenstrichen“ hatte die Staatsanwaltschaft „revolutionisierende Aufreizung“ gesehen. Und noch dazu kein Teil der Auflage auf „blutig rotem“ Papier. — Rechtsanwalt W. Heine hatte die Zeitung vor ihrem Druck auf ihre preßgesetzliche Gesundheit untersucht und diese nach einer kleinen Operation in dem Gedicht von Klara Müller als unbedenklich angesehen.

Der Staatsanwalt beschränkte sich in seiner Anklagebegründung auf die breite Wiederholung der Anklagebehauptungen. Nach juristischer Vorausestzung brauchte der Angeklagte gar nicht die Absicht der Aufreizung gehabt haben, es genüge, wenn ein verständiger Mensch sich sagen müsse, der Inhalt der Nummer sei geeignet, eine Stimmung zu erzeugen, die zur Aufreizung geeignet mache. Das mußte sich Glöck sagen, zumal das Blatt sich an eine „bereits verhegte Masse“ wendete. Nirgends sei ein Mittel zur Abhilfe der Arbeitslosigkeit angegeben, nirgends — namentlich nicht bei dem Gedicht — sei eine Warnung vor Verübung von Gewalttätigkeiten ausgesprochen. Es gebe aber große Kreise in der Sozialdemokratie, die, wenn ihnen auch allgemeine Elemente nicht als besonders angenehm erscheinen, Einzelausschreitungen gerne sähen, die Veranlassung geben zum Schimpfen auf die Polizei u. dgl. Ein Beweis seien die Arbeitslosen-Marschen in Frankfurt a. M.

Als Strafmaß beantragte er drei Monate Gefängnis. Rechtsanwalt H. Heinemann führte die Verteidigung.

Der Staatsanwalt suche aus Text und Illustrationen zu beweisen, wie verhegend diese Nummer wirken müsse. Es sei aber das Recht des Angeklagten, so viel zu heben als ihm gefalle. Wir haben keinen Haß- und Verachtungsparagraphen mehr, nur aufreizen zu Gewalttätigkeiten dürfe der Angeklagte nicht. Und das habe er nicht getan. Daß nun gar der Staatsanwalt die Gedankenstriche als Beweis für die Aufreizung zur Gewalt anführe, übersteige alles. Nur die erfolgten Äußerungen, nur das, was ausgesprochen worden sei, nicht was einer vielleicht gedacht habe, könne hier in Betracht kommen. Und nun das blutrote Papier! Glöck habe überzeugend nachgewiesen, daß das rote Papier gewählt worden sei, weil die Kolporteurs, die Händler, solches verlangen, weil rot die Farbe der Sozialdemokratie, der Zukunft, der Freude sei. Wenn aber das rote Papier an vergossenes Blut erinnern soll, wie der Staatsanwalt sage, dann frage er: An wessen Blut? An das der niedergeschossenen Arbeitslosen oder an das der Bourgeois?

Nachdem Glöck die Insinuation des Staatsanwalts, er müsse deshalb schärfer bestraft werden, weil seine Handlung bloß aus gewinnstüchtiger Absicht erfolgt sei, da er ja dafür bezahlt werde, mit dem Bemerkten zurückgewiesen hatte, daß er für diese seine Verleger-Tätigkeit auch nicht einen Pfennig Entschädigung erhalte, zog sich der Gerichtshof zur Beratung zurück.

Nach halbständiger Beratung verkündet der Vorsitzende das Urteil. Das Gericht hat den Angeklagten freigesprochen. Es hat sich nicht überzeugen können, daß, sei es im ganzen, sei es im einzelnen, vorliegende Nummer zu Gewalttätigkeiten aufreize.

Erregend, verbitternd möge der Inhalt wirken, das Gericht verweise aber jede Anreizung von Gewalt.

Soweit die Bilder in Betracht kommen, sei nirgends eine Aufforderung zu Gewalttätigkeiten ausgesprochen; im Gegenteil werde vielfach das tiefste Mitleid erregt.

In keinem Artikel, auch nicht in dem Gedicht, werde zu Gewalt angereizt.

Die Freigabe der beschlagnahmten Arbeitslosen-Zeitung kann also nur noch eine Frage von Tagen sein.

Parteiliteratur. Einen beachtenswerten Versuch, unsere Literatur mehr ins Volk zu bringen, macht die Buchhandlung des Westruf in Essen (Eigentum der sozialdemokratischen Partei). Sie kündigt an: Um den vielfach an uns gestellten Wünschen gerecht zu werden, haben wir uns zur Ausgabe von Sparfakten entschlossen. Die Erfahrung hat gelehrt, daß die nach Bildung und Aufklärung strebenden unbemittelten Volksschichten wenig Sympathie für feste-Besetzung guter Literatur zeigen, andererseits aber auch nicht in der Lage sind, größere Summen auf einmal für diesen Zweck aufzuwenden.

Inhaber der Karte erhält, sofern dieselbe vollgelebt ist (180 Marken à 10 Pfg.), gegen Austausch derselben, Bücher im Werte von 18 M.

Von Nah und Fern.

Arbeiterrisiko.

Ein schauerliches Unglück hat sich nach dem Vorrain am 22. April auf dem Mosel-Hüttenwerk in dem Meher Vorort Maiglers zuggetragen. Vier Arbeiter waren gerade auf der oberen Plattform des Hochofens beschäftigt, als sie sich mit einem Male von starken Gasströmen umgeben sahen. Drei der Leute — alle drei Familienväter — waren augenblicklich so stark verletzt, daß sie auf der Stelle tot waren. Der vierte, der jüngste von ihnen, kam mit einigen leichten Brandwunden weg.

Bei dem in Abbruch befindlichen früheren Gasthofe zum Stern in Stuttgart stürzte Montag nachmittag der Giebel ein und begrub unter seinen Trümmern drei Arbeiter. Die rasch herbeigerufene Feuerwehr konnte sie noch lebend aus dem Schutthaufen ziehen. Eine vorübergehende Frau wurde ebenfalls verletzt.

Bei einem Neubau in Leimeritz stürzte am 24. April ein Gerüst ein. 13 Arbeiter wurden verschüttet. 3 Personen sind tödlich, 10 schwer verletzt.

Soldaterrisiko.

Auf dem großen Ludwigsburger Exerzierplatz wurden am 21. April gelegentlich einer Uebung vier Kanoniere von der Probe abgeworfen. Ein Kanonier war sofort tot. Er soll vom Rade erfasst und einige Male herumgeschleudert worden sein. Einem zweiten Verunglückten ging ein Rad über den Leib; er liegt schwer verletzt im Lazarett. (Nach einer anderen Meldung soll er vergangene Nacht gestorben sein.) Ein Einjähriger erlitt bedeutende Verletzungen an der Hand. Die Verwundungen des Vierten sind unbedeutend.

Ertrunken.

Am 22. April verunglückten vier Zimmerer, brave Parteigenossen, die auf dem Ausstellungsgelände in Düsseldorf arbeiteten. Sie benutzten in der Mittagspause mit mehreren Kollegen die Wasserrutschbahn. Dabei entstand das Unglück, vier ertranken, die anderen kamen mit „nassen“ Schreden davon.

Opfer der Frömmigkeit.

In Gombrock in der Nähe von Dortmund fand am Sonntag morgen eine katholische Prozession statt. Ein frommer Arbeiter ging mit seiner Frau hin und ließ seine beiden Kinder im Alter von 3 und 6 Jahren allein zu Hause. Diese spielten während der Zeit mit Streichhölzern und verbrannten sich dabei schwer. An ihrem Auskommen wird gezweifelt.

Großfeuer.

Die Dampfmühle Jilienthal in Marienwerder ist niedergebrannt. Die Maschinen und 4000 Centner Getreide sind vernichtet; ein Feuerwehrmann wurde verschüttet.

Schiffszusammenstoß.

Nach einer Meldung aus London stieß am 24. April in der Thyemündung der norwegische, mit Eisenerg besadene Dampfer Hella mit einem auf einer Probefahrt begriffenen Dampfer zusammen. Die Hella sank sofort. Viele Leute der Besatzung ertranken, der Kapitän mit 10 Mann wurden an Bord des anderen Schiffes gerettet.

Erdschütterungen.

Aus Guatemala wird unterm 23. April gemeldet, daß durch das Erdbeben der letzten Tage nahezu alle Städte, Dörfer und Pflanzungen des reichen westlichen Teils der Republik zerstört worden seien. Die Vulkanen Chingo und Santa Maria befinden sich in Eruption.

See Sturm.

Nach einem Telegramm aus Christiania vom 23. April, wo gegenwärtig viel Fischfang betrieben wird, erlosb sich bei Losoten am Sonnabend ein starker, von Nordwest kommender Orkan, welcher unter der Fischerflotte große Verwüstungen anrichtete. Seit Montag früh werden drei Boote mit je 5 Mann vermisst. Bisher ist festgestellt worden, daß zehn Mann un- gekommen sind.

Cholera.

Die gesundheitspolizeiliche Kontrolle ist für alle von den Philippinen kommenden Schiffe wegen der dort herrschenden Cholera angeordnet worden.

Letzte Nachrichten.

Kopenhagen, 24. April. Der Ausstand der Hafenarbeiter und Seelen in allen dänischen Häfen, der morgen beginnen sollte, wurde verschoben, die Angelegenheit soll erst nach von einer am Freitag und Sonnabend stattfindenden Generalversammlung der Fachvereine beraten werden.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Bei der am 21. April abgehaltenen Besprechung der auf Grund der Arbeiterverleumdungsgesetze gewählten Vertreter (Arbeitnehmer) fehlten unentschuldig: Gärtner Lehmann; entschuldig fehlten: Textilarbeiter Müller, Wagenführer Weber, Schriftföher Kressin und Meinschütz, Bäcker Eppendorf, Holzarbeiter Kagei, Leinboß und Hengel, Schlosser Fromm, Eisenbrecher Böhm und Blumenstein. Der Obmann.

Ankunft in Rechtsfragen.

R. 54., 108. Wenn Sie in dem der Einschätzung vorangegangenen Jahre nur auf kurze Zeit steuerpflichtige Einkommen zu verzeichnen hatten, so werden die Einnahmen zur Zeit der Einschätzung als Anhalt benutzt. Eine Reklamation würde demnach nur dann von Erfolg sein, wenn die lehterwähnten Einnahmen pro Jahr berechnet, eine niedrigere Summe ergeben, als sie für die Klasse, der Sie zugeteilt, festgesetzt worden sind.

R. 9., 100. Derartige Forderungen verfahren in vier Jahren. **R. 21.** Solche Pässe werden ausgestellt bis zum Eintritt in das militärpflichtige Alter, darüber hinaus nur gegen Unbedenklichkeitszeugnis des Civilvorstehenden der Erbschaftsamt.

S. 9. u. Comp., Beusch. 1. Ein solches Recht besteht nicht. 2. Sie müssen reklamieren. 3. Die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember vor der Einschätzung.

Gratis-Anserate für die Sonnabend-Nummer werden nur bis Freitag mittag angenommen.

Veranstaltungskalender.

Donnerstag: Steinischer und Berufsvereine, Stadt Götting. Abends 7 Uhr. Schumann. Coburger Hof, Windmühlstr. Abends 1/9 Uhr. Naturheilverein Leipzig II. Bergschloßchen, L.-Neuschloß. Abends 8 Uhr. Wäga. Naturheilverein. Stadt Leipzig. Abends 1/9 Uhr. Freitag: Sozialdemokratischer Verein L.-M. Drei Wägen, L.-M. Abends 1/9 Uhr. Sozialdemokratischer Verein L.-M. Reform, Rameus, Plagwitz, Ronnenk. Abends 1/9 Uhr. Gaudes, Transport- u. Verkehrsarbeiter. Coburger Hof. Abends 1/9 Uhr. Vater und Cadier. Schloß Lindenfels, Lindenau. Abends 1/9 Uhr. Steinreiter. Wolentah, Dinsdorfstr. Abends 1/8 Uhr.

Theatervorstellungen.

Neues Theater.

Donnerstag den 24. April: 106. Abom.-Vorstellung (3. Serie, rot): Die Geisha oder: Eine japanische Ehehaus-Geschichte. Operette in 3 Akten von Owen Hall. Musik von Sidney Jones. Deutsch von C. M. Röhr und Julius Freund. Regie: Regisseur Unger. — Direktion: Kapellmeister Meyer. Hun-Hsi, ein Chinese, Eigentümer eines Theehauses. Dr. Sulfüll. Marquis Zinari, Polizeipräsident und Gouverneur einer japanischen Provinz. Dr. F. Groß. Lieutenant Katana von der kaiserl. japanischen Artillerie. Lieutenant Reginald Fairfax. Lieutenant Bronville. Lieutenant Gunningham. Lieutenant Grimston. Lady Constance Wynne, eine englische Lady, welche mit ihrer Tochter die Welt bereist. Fr. Buse. Molly Seamore. Ihre Freundinen. Fr. Linda. Edith Grant. Fr. Breton. Juliette, eine Französin, im Theehause als Thee- mädchen angestellt. Fr. Dallhoff. O Minosa San, Geisha, Sängerin. Fr. Siegmund-Wolf. O Mita San, Chrysanthemum. Fr. Kießling. O Nana San, Billie. Fr. Böhle. O Kinoko San, goldene Harfe. Fr. Reinhold. O Komurasaki San, Weiden. Fr. Mörly. Nami, japanische Brautjungfer. Fr. Penning. Takemini, Polizeisergeant. Fr. Schumm. Ein Seeladett. Fr. Schneider. Erster Käufer. Fr. Kemner. Zweiter Käufer. Fr. Panisch. Dritter Käufer. Fr. Richter. Ein Offizier. Fr. Schöner. Ein Kuli. Fr. Schröder. Dienerrinnen der Geisha. Russl. Japaner. Japanerinnen. Wasen. Zeit: Die Gegenwart. — Ort: Japan. Vorkommende Tänze, Gruppierungen und Evolutionen arrangiert vom Hof-Ballettmaster J. Gollinell. Pause nach jedem Akt. Einlaß 7/7 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende gegen 1/10 Uhr. Schausp.-Preis. Billet-Verkauf an der Tageskasse von 10—8 Uhr. Billet- Vorverkauf für den nächsten Tag von 1—8 Uhr. (Jedes Billet, welches vor Eröffnung der Tageskasse bestellt oder im Vorverkauf entnommen wird, kostet 80 Pfg. Aufgeld.) Spielplan: Freitag: Zum erstenmal: Viel Lärm um nichts. Anfang 7 Uhr. — Sonnabend: Die Koggin. Anfang 7 Uhr.

Altes Theater.

Donnerstag den 24. April: Gastspiel der Frau Käthe Brand. Zum erstenmal: Die Koggin. Schauspiel in 4 Akten von Hermann Käthe. Regie: Regisseur Gänseker. Professor Jagemeister. Fr. Körner. Emilie, seine Frau. Fr. Welgel. Marianne, seine Tochter erster Ehe. Fr. Densgen. Hilba, seine Tochter zweiter Ehe. Fr. Krause. Dr. Jagemeister, Bruder des Professors. Fr. Grelle. Dr. Westphal, Assistent am physiolog. Institut. Fr. Otto. Krüger, cand. rer. nat. Fr. Gänseker. Späth, cand. rer. nat. Fr. G. G. Hühner. Nagel, cand. rer. nat. Fr. G. Hühner. Fräulein Altmann, cand. rer. nat. Fr. Biele. Dr. Brunner, einj.-frei. Arzt. Fr. Walter. Niège, Diener am physiolog. Institut. Fr. Prost. Frau Geheimrat Köhler. Fr. Graichen. Gänther, ihr Sohn. Fr. Schuffenhaus. Neuborf, Geh. Regierungsrat, Decernent für das Unterrichtswesen. Fr. Vorherdt. Minna, Dienstmädchen. Fr. Engelmann. Eine Studentendeputation. * * * Marianne — Frau Käthe Brand, als Gast. Pause nach dem 2. Akt. Einlaß 7/7 Uhr. Anfang 7/8 Uhr. Ende 10 Uhr. Gew. Preis. Billet-Verkauf an der Tageskasse von 10—8 Uhr. Billet- Vorverkauf für den nächsten Tag von 1—8 Uhr an der Tages- kasse (mit Aufgeld von 80 Pfg. pro Billet). Spielplan: Freitag: Alt-Heidelberg. Anfang 1/8 Uhr. — Sonnabend: Das süße Mädel. Anfang 1/8 Uhr.

Küchenzettel der städtischen Speiseanstalten.

Freitag: Speiseanstalt I (Johannisplatz): Spinat mit Rindfleisch. Speiseanstalt II (Rosenthalgasse): Grünkäse u. Sellerie mit Kalbfleisch.

Filialen der Leipziger Volkszeitung.

Leipzig: Frau Helene Baner, Albertstraße 12, p. " J. Bortels, Markthallenstraße 12, p. " Henriette Dingelbein, Markt 10 (Rauhhalle). L.-M. Herr G. Schürmer, Juchauandorfer Straße 25, p. " H. Rasch, Elchoruststraße 12. L.-Eutritzsch: Restaurant Joyer, Schönefelder Str. 12. L.-Gohlis: Restaurant Wöschhof, Obere Georgstraße. L.-Meiningshöcher: Herr M. Babbig (Barbiergeschäft). Karl Peter, Plagwitzer Straße 5. L.-Lindenau: Herr J. Pollandt, GutsMuthsstraße 7. Frau M. Wehmann, Bismarckstraße 40. Leutzsch: Herr F. Stoye, Wenzstraße 1. L.-Neustadt: Herr B. Frische, Eisenbahnstraße 25, p. " Herr A. Jacob, Eisenbahnstraße 27. " D. Röhre, Marktstraße 41, p. L.-Plagwitz: " A. Schulte, Cigarettengeschäft, Schmeidestraße 15 (Ede Hühnerstraße). L.-Sellerhausen: Herr S. Thiele, Würzener Straße 80, p. L.-Thonberg: Herr Oskar Reichel, Reichenhainer Str. 84. L.-Volkmarzdorf: Wag Müller, Torgauer Str. 7 (Ede Waldstraße). L.-Weidnitz: " W. Nöhler, Kreuzstraße 87. " Restaurant Schöber, Kronprinzstraße 6, p. " Herr F. Otto, Gausserstraße 48, p. " J. Bouffig, Würzener Straße 5, p. L.-Neudörf u. L.: Herr Sipp, Obere Plinzerstraße 21. Neubühn kann die Leipziger Volkszeitung bei sämt- lichen Ansträgern abgeholt werden.

Arbeiter! Bürger! Parteigenossen!

Seid unangeseht thätig für die Werbung neuer Abonnenten!

Reichstag.

172. Sitzung. Mittwoch den 23. April 1902, 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Graf Posadowsky.

Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung des Gesetzesentwurfes betreffend die

Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben.

Herr Dr. Hülse (Centrum): Schon in den Jahren 1884 und 1888 wurde ein Beschluß gefaßt, daß Kinder unter 12 Jahren gegen Lohn nicht beschäftigt werden sollten. Damals beantragte ich bereits, daß die gewerbliche Beschäftigung schulpflichtiger Kinder nicht länger als 3 Stunden dauern solle, wie es auch das vorliegende Gesetz festlegt. Der vorliegende Entwurf ist eine Folge von umfangreichen Erhebungen, die ein erschütterndes Bild auf diesem Gebiete ergaben. Die Zahl der gewerblich beschäftigten Kinder betrug danach 6,58 Proz. aller schulpflichtigen Kinder. 50 Proz. der gewerblich tätigen Kinder sind in der Industrie beschäftigt und von diesen die Hälfte allein in der Textilindustrie. In einzelnen Hausindustriebetrieben waren bis 80 Proz. der schulpflichtigen Kinder tätig. Der Gesetzesentwurf unterscheidet zwischen eigenen und fremden Kindern und trifft für letztere weitergehende Bestimmungen, als für die ersteren. Die Kommission wird nun zu prüfen haben, ob eigene Kinder, die denen ein direkter Arbeitsvertrag vorliegt, nicht, trotz ihrer verwandtschaftlichen Beziehungen zum Arbeitgeber, unter allen Umständen unter die schärferen Bestimmungen des Gesetzes fallen müssen.

Herr Dr. Baumbach (freil. W.): Die Erhebungen, deren Ergebnis der vorliegende Entwurf ist, haben wertvolles Material geliefert, den vollen Umfang der gewerblichen Kinderbeschäftigung haben sie aber nicht klargestellt. Die Schülberungen, die in den vier Wänden des Reichstages für Sozialpolitik über Hausindustrie gemacht sind, sind erschütternd. Im Kreise Sonneberg sind in einzelnen Fällen bis zu 95 Proz. der schulpflichtigen Kinder gewerblich tätig (hört, hört!) und an einzelnen Tagen der Saison müssen die Kinder vor den Lieferungsstagen die ganze Nacht hindurch arbeiten. (Hört, hört! links.) Ähnlich liegen die Verhältnisse in Nürnberg und Würzburg. Die Folgen für die Kinder sind klar; die behauerten Gesichter verkümmern an Leib und Seele. — Der vorliegende Entwurf sieht nun eine gründliche Regelung der Materie vor. Der Entwurf stellt das Interesse des Staates an der Erhaltung aller in der Gesellschaft vorhandenen Kräfte über das elterliche Vermögensrecht, dem Kontrollbeamten wird nunmehr auch der Zutritt zur Familienwohnung erlaubt sein. Die Kontrolle muß aber aus den Händen der Polizei genommen und den Gewerkspektoren überlassen werden. Der Entwurf enthält den Hauptfortschritt, daß er die Kinderarbeit in gesundheitsgefährlichen Betrieben überhaupt verbietet. Mit der Ueberweisung an eine Kommission sind wir einverstanden. (Bravo! links.)

Herr Dr. v. Nostitz-Hilmsdorf (kons.): Sozialreform und Zolltarif stehen in engster Verbindung miteinander. Nur wenn der Zolltarif das Geld im Lande läßt, kann man an eine Sozialreform denken. Rechner erklärt sich gegen den Eingriff, den der Entwurf in die Hausindustrie macht, aber dafür, daß er nicht an der häuslichen Schwelle Halt macht.

Herr v. Nostitz-Hilmsdorf (kons.): Sozialreform und Zolltarif stehen in engster Verbindung miteinander. Nur wenn der Zolltarif das Geld im Lande läßt, kann man an eine Sozialreform denken. Rechner erklärt sich gegen den Eingriff, den der Entwurf in die Hausindustrie macht, aber dafür, daß er nicht an der häuslichen Schwelle Halt macht.

Herr v. Nostitz-Hilmsdorf (kons.): Sozialreform und Zolltarif stehen in engster Verbindung miteinander. Nur wenn der Zolltarif das Geld im Lande läßt, kann man an eine Sozialreform denken. Rechner erklärt sich gegen den Eingriff, den der Entwurf in die Hausindustrie macht, aber dafür, daß er nicht an der häuslichen Schwelle Halt macht.

Herr v. Nostitz-Hilmsdorf (kons.): Sozialreform und Zolltarif stehen in engster Verbindung miteinander. Nur wenn der Zolltarif das Geld im Lande läßt, kann man an eine Sozialreform denken. Rechner erklärt sich gegen den Eingriff, den der Entwurf in die Hausindustrie macht, aber dafür, daß er nicht an der häuslichen Schwelle Halt macht.

Herr v. Nostitz-Hilmsdorf (kons.): Sozialreform und Zolltarif stehen in engster Verbindung miteinander. Nur wenn der Zolltarif das Geld im Lande läßt, kann man an eine Sozialreform denken. Rechner erklärt sich gegen den Eingriff, den der Entwurf in die Hausindustrie macht, aber dafür, daß er nicht an der häuslichen Schwelle Halt macht.

Herr v. Nostitz-Hilmsdorf (kons.): Sozialreform und Zolltarif stehen in engster Verbindung miteinander. Nur wenn der Zolltarif das Geld im Lande läßt, kann man an eine Sozialreform denken. Rechner erklärt sich gegen den Eingriff, den der Entwurf in die Hausindustrie macht, aber dafür, daß er nicht an der häuslichen Schwelle Halt macht.

Herr v. Nostitz-Hilmsdorf (kons.): Sozialreform und Zolltarif stehen in engster Verbindung miteinander. Nur wenn der Zolltarif das Geld im Lande läßt, kann man an eine Sozialreform denken. Rechner erklärt sich gegen den Eingriff, den der Entwurf in die Hausindustrie macht, aber dafür, daß er nicht an der häuslichen Schwelle Halt macht.

Herr v. Nostitz-Hilmsdorf (kons.): Sozialreform und Zolltarif stehen in engster Verbindung miteinander. Nur wenn der Zolltarif das Geld im Lande läßt, kann man an eine Sozialreform denken. Rechner erklärt sich gegen den Eingriff, den der Entwurf in die Hausindustrie macht, aber dafür, daß er nicht an der häuslichen Schwelle Halt macht.

Herr v. Nostitz-Hilmsdorf (kons.): Sozialreform und Zolltarif stehen in engster Verbindung miteinander. Nur wenn der Zolltarif das Geld im Lande läßt, kann man an eine Sozialreform denken. Rechner erklärt sich gegen den Eingriff, den der Entwurf in die Hausindustrie macht, aber dafür, daß er nicht an der häuslichen Schwelle Halt macht.

Herr v. Nostitz-Hilmsdorf (kons.): Sozialreform und Zolltarif stehen in engster Verbindung miteinander. Nur wenn der Zolltarif das Geld im Lande läßt, kann man an eine Sozialreform denken. Rechner erklärt sich gegen den Eingriff, den der Entwurf in die Hausindustrie macht, aber dafür, daß er nicht an der häuslichen Schwelle Halt macht.

Herr v. Nostitz-Hilmsdorf (kons.): Sozialreform und Zolltarif stehen in engster Verbindung miteinander. Nur wenn der Zolltarif das Geld im Lande läßt, kann man an eine Sozialreform denken. Rechner erklärt sich gegen den Eingriff, den der Entwurf in die Hausindustrie macht, aber dafür, daß er nicht an der häuslichen Schwelle Halt macht.

Herr v. Nostitz-Hilmsdorf (kons.): Sozialreform und Zolltarif stehen in engster Verbindung miteinander. Nur wenn der Zolltarif das Geld im Lande läßt, kann man an eine Sozialreform denken. Rechner erklärt sich gegen den Eingriff, den der Entwurf in die Hausindustrie macht, aber dafür, daß er nicht an der häuslichen Schwelle Halt macht.

Herr v. Nostitz-Hilmsdorf (kons.): Sozialreform und Zolltarif stehen in engster Verbindung miteinander. Nur wenn der Zolltarif das Geld im Lande läßt, kann man an eine Sozialreform denken. Rechner erklärt sich gegen den Eingriff, den der Entwurf in die Hausindustrie macht, aber dafür, daß er nicht an der häuslichen Schwelle Halt macht.

Sie sich lieber bei Ihren Nachbarn. Der Lehrer Naghd hat ein dankenswertes Buch über die Kinderarbeit geschrieben. Besonders scharf verurteilt er den Hülseidienst, der so viele Kinder dem regelmäßigen Schulbesuch entzieht. Daß Mecklenburg in dieser Beziehung die traurigsten Zustände hat, ist selbstverständlich; wo es sich um derartige Missetätigkeiten handelt, marschieren Mecklenburger immer voran. Unsere Kritik an diesen Zuständen erkennt selbst ein konservativer Pastor in einem Briefe an den Reichsboten als berechtigt an. Der Pastor sagt, die Kinder seien durch die Früharbeit so angestrengt, daß sie dann in der Schule schlafen. (Zuruf rechts: Das passiert auch in der Stadt! — Abg. Dertel: Auch im Reichstag. — Heiterkeit.) — Weiterer Ruf rechts: Kein Wunder, wenn man schon seit 9 Uhr in der Kommission sitzt! (Große Heiterkeit.) Ihre Wiße helfen über die Traurigkeit und Missetätigkeit der Thatsachen nicht hinweg. Sie halten es ja auch für gesund und sittlich erziehend, die Kinder bei Jagden als Treiber und beim Abstecken des Wildes zu beschäftigen. (Abg. Gamp: Es gibt kein größeres Vergnügen für die Kinder.) Aber Tierquälerei sehen Sie damit groß. (Sehr richtig! links.)

In dem Verzeichnis der verbotenen Betriebe fehlt zu meinem großen Erstaunen die Cigarren- und Cigaretten-Fabrikation. Gerade hier muß die Hausindustrie überhaupt beseitigt werden. Diese Fabrikation muß in das Gesetz aufgenommen werden, ebenso das Transportgewerbe. In der Vorlage steht, daß das Verzeichnis vom Bundesrat abgeändert werden kann. Soll das heißen, daß verbotene Betriebe wieder zu erlauben werden können? (Zuruf vom Bundesratsitz: Nein, ergänzt!) Dann muß sich die Vorlage klarer ausdrücken. Durch die Bestimmungen über die eigenen Kinder wird an dem jetzigen Zustand kaum etwas geändert, denn länger, als es im Entwurf erlaubt ist, werden Kinder wohl überhaupt nicht beschäftigt.

Sie sehen, meine Freunde haben an dem Entwurf gar vieles auszusagen. Wenn wir auch in der Vorlage einen Fortschritt erblicken, so muß doch noch bedeutend mehr geschehen. Wir verlangen eine Erweiterung des Gesetzesentwurfes im Namen der Menschlichkeit und des Arbeiterschutzes. (Sehr gut! links.)

Der schwierigste Punkt bei dem Entwurf ist zweifellos die Kontrolle. In der Kommission werden wir uns über die Kontrollbestimmungen eingehend unterhalten müssen. Polizei und Gemeindebehörden sind besonders in kleinen Orten eine wenig vertrauenswürdige Kontrolle. Da kommen zunächst die Gewerkspektoren in Betracht, deren Zahl ist aber so gering, daß sie auf diesem Gebiete kaum noch etwas werden können. Eine Hilfe aber stellen wir ihnen zur Verfügung in den organisierten Arbeitern. In Württemberg und Bayern hat man ja schon heute eingesehen, daß die Gewerbeaufsicht nicht durchführbar ist ohne die Hilfe der organisierten Arbeiterschaft. Kommt man dem Wunsche der Arbeiter nach und beteiligt sie an der Durchführung dieses Gesetzes, dann wird auch zum Segen der Handwerker und zum Heile der gesamten Bevölkerung ein wirklicher Schutz der gewerblichen Kinderarbeit eintreten. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Herr Hülse hat verschiedene Bedenken gegen den Entwurf geäußert. Hier handelt es sich aber um einen ersten, tiefingreifenden Schritt und wir sind gern bereit, über die Einzelheiten noch mit uns sprechen zu lassen. Das Material war vollkommen ausreichend, um auf ihm mit sittlichem Recht ein Gesetz aufzubauen. Es war kein leichter Schritt, einen Eingriff in die Familie zu versuchen, aber man darf in solchen Dingen nicht zu scheu sein. Der Gesetzgeber soll durch die Gesetze erzieherisch zu wirken suchen. Man hat vom erzieherischen Wert der Kinderarbeit gesprochen. Dieser besteht darin, daß die Kinder vom Müßiggang abgehalten und für ihren späteren Beruf erzogen werden. Es kommt nicht auf die Arbeit an, sondern auf das Maß der Arbeit. Unter Umständen kann der erzieherische Wert der Arbeit bestehen, daß ein solches Kind zum Krüppel oder Blöden erzogen wird. (Sehr richtig! links.) Die traurige Einrichtung der Hülseinder wird erst dann beseitigt, wenn die kleinen Landwirte zur Stallfütterung übergehen oder sich die Gemeinden dahin einigen, ihr Vieh gemeinsam hüten zu lassen. Uebrigens ist die Hülsearbeit lange nicht so gefährlich, als die Kinderarbeit in den Städten. Die landwirtschaftliche Kinderarbeit unterscheidet sich von der gewerblichen, indem sie gesünder ist und sich nur auf einen Teil des Jahres erstreckt. Natürlich kann es auch bei der landwirtschaftlichen Kinderarbeit zu Mißständen kommen, aber verhältnismäßig ist sie doch eine leichte Arbeit. (Widerspruch bei den Soz.) Das Müßiggang kann schädlich sein, an sich ist es das aber nicht. Ueber die Heimarbeit in der Tabakindustrie ist ein Gesetzesentwurf in Vorbereitung. Die Beschäftigung von Kindern bei theatralischen Aufführungen sollte ganz verboten werden. Da sie aber bei klassischen Stücken nötig ist, müssen die Vorschriften um so strenger beachtet werden. Die Kontrolle, die ich für unzureichend halte, kann eine dankbare Aufgabe der Schulbehörden sein; es wäre der Prüfung wohl wert, ob man nicht für eine solche Aufsicht im Wege der Gesetzgebung eine rechtliche Grundlage schaffen könnte.

Was hier über die schädlichen Schulverhältnisse auf dem Lande gesagt wurde, muß ich entschieden bestritten. Ich habe Hunderte von Landtschulen besucht und unter den Lehrern geradezu Genies gefunden in der Kunst zu unterrichten. Man kann aber an die Landtschulen nicht das Maß der städtischen Mittelschulen legen. Ich bitte Sie, den Entwurf mit Wohlwollen in der Kommission zu behandeln.

Württembergischer Bevollmächtigter, Präsident v. Schuler betont, daß seine Regierung den Gesetzesentwurf mit Freuden begrüßt habe.

Herr v. Nostitz-Hilmsdorf (kons.): Sozialreform und Zolltarif stehen in engster Verbindung miteinander. Nur wenn der Zolltarif das Geld im Lande läßt, kann man an eine Sozialreform denken. Rechner erklärt sich gegen den Eingriff, den der Entwurf in die Hausindustrie macht, aber dafür, daß er nicht an der häuslichen Schwelle Halt macht.

Herr v. Nostitz-Hilmsdorf (kons.): Sozialreform und Zolltarif stehen in engster Verbindung miteinander. Nur wenn der Zolltarif das Geld im Lande läßt, kann man an eine Sozialreform denken. Rechner erklärt sich gegen den Eingriff, den der Entwurf in die Hausindustrie macht, aber dafür, daß er nicht an der häuslichen Schwelle Halt macht.

Herr v. Nostitz-Hilmsdorf (kons.): Sozialreform und Zolltarif stehen in engster Verbindung miteinander. Nur wenn der Zolltarif das Geld im Lande läßt, kann man an eine Sozialreform denken. Rechner erklärt sich gegen den Eingriff, den der Entwurf in die Hausindustrie macht, aber dafür, daß er nicht an der häuslichen Schwelle Halt macht.

Herr v. Nostitz-Hilmsdorf (kons.): Sozialreform und Zolltarif stehen in engster Verbindung miteinander. Nur wenn der Zolltarif das Geld im Lande läßt, kann man an eine Sozialreform denken. Rechner erklärt sich gegen den Eingriff, den der Entwurf in die Hausindustrie macht, aber dafür, daß er nicht an der häuslichen Schwelle Halt macht.

Herr v. Nostitz-Hilmsdorf (kons.): Sozialreform und Zolltarif stehen in engster Verbindung miteinander. Nur wenn der Zolltarif das Geld im Lande läßt, kann man an eine Sozialreform denken. Rechner erklärt sich gegen den Eingriff, den der Entwurf in die Hausindustrie macht, aber dafür, daß er nicht an der häuslichen Schwelle Halt macht.

Herr v. Nostitz-Hilmsdorf (kons.): Sozialreform und Zolltarif stehen in engster Verbindung miteinander. Nur wenn der Zolltarif das Geld im Lande läßt, kann man an eine Sozialreform denken. Rechner erklärt sich gegen den Eingriff, den der Entwurf in die Hausindustrie macht, aber dafür, daß er nicht an der häuslichen Schwelle Halt macht.

Herr v. Nostitz-Hilmsdorf (kons.): Sozialreform und Zolltarif stehen in engster Verbindung miteinander. Nur wenn der Zolltarif das Geld im Lande läßt, kann man an eine Sozialreform denken. Rechner erklärt sich gegen den Eingriff, den der Entwurf in die Hausindustrie macht, aber dafür, daß er nicht an der häuslichen Schwelle Halt macht.

Kontrolle gesagt hat, kann ich mit Freuden zustimmen. Wenn irgend wer geeignet ist zur Kontrolle, so ist es der Lehrer und die Schulbehörde. Die Verbindung zwischen Schule und Haus kann nur segensreich wirken. In der Begründung freilich ist die Schule vollständig ausgeschaltet. Um so mehr war ich erfreut, daß heute der Staatssekretär auf die Hilfe der Lehrerschaft rekurriert hat. Der Lehrerschaft gebührt in dieser Frage besonderer Dank. Die ganze Frage ist von ihr überhaupt in Fluß gebracht worden auf der Dresdener Lehrerversammlung und besonders von dem Nixdorfer Lehrer Naghd.

Ich halte die Vorlage für geeignet, die vorhandenen Mißstände beseitigen zu helfen. Den Eingriff in das Hausrecht halte ich schon im Interesse der Schule für erforderlich. Das Elternrecht muß insoweit beschränkt werden, als es der allgemeinen Schulpflicht entgegensteht. Das ist der Fall bei der Kinderausbeutung. Die Bestimmungen des Gesetzes scheinen mir wohl erwogen zu sein. Im einzelnen habe ich keine Bedenken. So sollte die Unterscheidung zwischen eigenen und fremden Kindern fallen. Auch habe ich sehr bedauert, daß die Berliner Polizeiverordnung Kindern vom neunten Jahre an das Ausstragen von Zeitungen und Backwaren gestattet; ich hätte eine höhere Grenze gewünscht. Ein gänzlich Verbot der Kinderarbeit bei Schaustellungen wäre wünschenswert, wird sich aber nicht erreichen lassen. Wo aber sittliche Gefahren mit der Kinderarbeit verbunden sind, muß rücksichtslos vorgegangen werden. Im ganzen wird sich das Gesetz mit einigen Änderungen wohlthätig erweisen. (Beifall.)

Herr v. Nostitz-Hilmsdorf (kons.): Sozialreform und Zolltarif stehen in engster Verbindung miteinander. Nur wenn der Zolltarif das Geld im Lande läßt, kann man an eine Sozialreform denken. Rechner erklärt sich gegen den Eingriff, den der Entwurf in die Hausindustrie macht, aber dafür, daß er nicht an der häuslichen Schwelle Halt macht.

Herr v. Nostitz-Hilmsdorf (kons.): Sozialreform und Zolltarif stehen in engster Verbindung miteinander. Nur wenn der Zolltarif das Geld im Lande läßt, kann man an eine Sozialreform denken. Rechner erklärt sich gegen den Eingriff, den der Entwurf in die Hausindustrie macht, aber dafür, daß er nicht an der häuslichen Schwelle Halt macht.

Herr v. Nostitz-Hilmsdorf (kons.): Sozialreform und Zolltarif stehen in engster Verbindung miteinander. Nur wenn der Zolltarif das Geld im Lande läßt, kann man an eine Sozialreform denken. Rechner erklärt sich gegen den Eingriff, den der Entwurf in die Hausindustrie macht, aber dafür, daß er nicht an der häuslichen Schwelle Halt macht.

Herr v. Nostitz-Hilmsdorf (kons.): Sozialreform und Zolltarif stehen in engster Verbindung miteinander. Nur wenn der Zolltarif das Geld im Lande läßt, kann man an eine Sozialreform denken. Rechner erklärt sich gegen den Eingriff, den der Entwurf in die Hausindustrie macht, aber dafür, daß er nicht an der häuslichen Schwelle Halt macht.

Herr v. Nostitz-Hilmsdorf (kons.): Sozialreform und Zolltarif stehen in engster Verbindung miteinander. Nur wenn der Zolltarif das Geld im Lande läßt, kann man an eine Sozialreform denken. Rechner erklärt sich gegen den Eingriff, den der Entwurf in die Hausindustrie macht, aber dafür, daß er nicht an der häuslichen Schwelle Halt macht.

Herr v. Nostitz-Hilmsdorf (kons.): Sozialreform und Zolltarif stehen in engster Verbindung miteinander. Nur wenn der Zolltarif das Geld im Lande läßt, kann man an eine Sozialreform denken. Rechner erklärt sich gegen den Eingriff, den der Entwurf in die Hausindustrie macht, aber dafür, daß er nicht an der häuslichen Schwelle Halt macht.

Herr v. Nostitz-Hilmsdorf (kons.): Sozialreform und Zolltarif stehen in engster Verbindung miteinander. Nur wenn der Zolltarif das Geld im Lande läßt, kann man an eine Sozialreform denken. Rechner erklärt sich gegen den Eingriff, den der Entwurf in die Hausindustrie macht, aber dafür, daß er nicht an der häuslichen Schwelle Halt macht.

Herr v. Nostitz-Hilmsdorf (kons.): Sozialreform und Zolltarif stehen in engster Verbindung miteinander. Nur wenn der Zolltarif das Geld im Lande läßt, kann man an eine Sozialreform denken. Rechner erklärt sich gegen den Eingriff, den der Entwurf in die Hausindustrie macht, aber dafür, daß er nicht an der häuslichen Schwelle Halt macht.

Herr v. Nostitz-Hilmsdorf (kons.): Sozialreform und Zolltarif stehen in engster Verbindung miteinander. Nur wenn der Zolltarif das Geld im Lande läßt, kann man an eine Sozialreform denken. Rechner erklärt sich gegen den Eingriff, den der Entwurf in die Hausindustrie macht, aber dafür, daß er nicht an der häuslichen Schwelle Halt macht.

Herr v. Nostitz-Hilmsdorf (kons.): Sozialreform und Zolltarif stehen in engster Verbindung miteinander. Nur wenn der Zolltarif das Geld im Lande läßt, kann man an eine Sozialreform denken. Rechner erklärt sich gegen den Eingriff, den der Entwurf in die Hausindustrie macht, aber dafür, daß er nicht an der häuslichen Schwelle Halt macht.

Herr v. Nostitz-Hilmsdorf (kons.): Sozialreform und Zolltarif stehen in engster Verbindung miteinander. Nur wenn der Zolltarif das Geld im Lande läßt, kann man an eine Sozialreform denken. Rechner erklärt sich gegen den Eingriff, den der Entwurf in die Hausindustrie macht, aber dafür, daß er nicht an der häuslichen Schwelle Halt macht.

Herr v. Nostitz-Hilmsdorf (kons.): Sozialreform und Zolltarif stehen in engster Verbindung miteinander. Nur wenn der Zolltarif das Geld im Lande läßt, kann man an eine Sozialreform denken. Rechner erklärt sich gegen den Eingriff, den der Entwurf in die Hausindustrie macht, aber dafür, daß er nicht an der häuslichen Schwelle Halt macht.

Herr v. Nostitz-Hilmsdorf (kons.): Sozialreform und Zolltarif stehen in engster Verbindung miteinander. Nur wenn der Zolltarif das Geld im Lande läßt, kann man an eine Sozialreform denken. Rechner erklärt sich gegen den Eingriff, den der Entwurf in die Hausindustrie macht, aber dafür, daß er nicht an der häuslichen Schwelle Halt macht.

Herr v. Nostitz-Hilmsdorf (kons.): Sozialreform und Zolltarif stehen in engster Verbindung miteinander. Nur wenn der Zolltarif das Geld im Lande läßt, kann man an eine Sozialreform denken. Rechner erklärt sich gegen den Eingriff, den der Entwurf in die Hausindustrie macht, aber dafür, daß er nicht an der häuslichen Schwelle Halt macht.

Herr v. Nostitz-Hilmsdorf (kons.): Sozialreform und Zolltarif stehen in engster Verbindung miteinander. Nur wenn der Zolltarif das Geld im Lande läßt, kann man an eine Sozialreform denken. Rechner erklärt sich gegen den Eingriff, den der Entwurf in die Hausindustrie macht, aber dafür, daß er nicht an der häuslichen Schwelle Halt macht.

Herr v. Nostitz-Hilmsdorf (kons.): Sozialreform und Zolltarif stehen in engster Verbindung miteinander. Nur wenn der Zolltarif das Geld im Lande läßt, kann man an eine Sozialreform denken. Rechner erklärt sich gegen den Eingriff, den der Entwurf in die Hausindustrie macht, aber dafür, daß er nicht an der häuslichen Schwelle Halt macht.

47. Sitzung der Zolltarifkommission.

(Eigenbericht der Leipziger Volkszeitung.)

Berlin, 23. April 1902.

Gegen die ungeheuerliche Verteuerung der Eier, des Eiers und Eiers durch den Wangenheimer Antrag wendet sich Geheimrat Wernuth. Gegen den jetzigen Zoll betrage diese Erhöhung 833 Prozent. Verschiedene Industrien benötigen des Eies und Eiers, diese dürfen nicht so geschädigt werden und die Innenproduktion würde nicht gefördert.

Dann bekämpft Götzein, besonders scharf aber Debel, die völlig unmotivierte Verzollung. Debel giebt interessante Darlegungen über Geflügelzucht und Eiproduktion im In- und Auslande. In Oesterreich und Rußland möge eine extensive Wirtschaft vorherrschen, aber nicht in Italien und den Niederlanden. Aber die deutsche Geflügelzucht liege ganz im argen und es sei kein Wunder, wenn sie nicht ertragsreich sei. Nachdem noch Abg. Herold für die Regierungsvorlage eingetreten ist, wird in der Abstimmung die Regierungsvorlage in allen Positionen angenommen.

Gegen eines katholischen Gottesdienstes wird die Sitzung eine Stunde vertagt.

Die Positionen 137, 138, 139, Honig in Städten; Honig in Wäden oder ausgelassen, auch künstlicher Honig; Wienenwachs, werden zur Beratung verbunden. Honig in Städten z. mit lebenden Wienen soll im Gewicht bis 20 Kilogramm frei gelassen, über 20 Kilogramm mit 40 Mt. verzollt werden; Honig in Wäden z. ebenfalls mit 40 Mt. Wienenwachs mit 10 Mt.

Gabel, Heim und Speck beantragen, das Gewicht von 20 auf 12 Kilogramm herabzusetzen. Die Sozialdemokraten beantragen: Zollfrei.

Die Diskussion steht bei diesen Positionen ruhig dahin, ohne regeres Interesse in der Kommission zu erwecken. Abg. Antzle begründet den Antrag auf Zollfreiheit, die er im Interesse der Honigluchenproduktion und auch zu Heilzwecken für nötig hält. Der Antrag Gabel wird abgeändert, statt 12 werden 15 Kilogramm gesetzt und in der Abstimmung, die Regierungsvorlage Pos. 137 mit dieser Abänderung angenommen; auch die Pos. 138 und 139 werden nach der Vorlage angenommen.

Zu den Pos. 140, Walrat, auch gereinigt — 15 Mt.; 141, Hausenblase, echte und unechte — 10 Mt., beantragen die Sozialdemokraten: Zollfrei. Diesen Antrag begründet Stadthagen, der die Notwendigkeit des Walrats zu Heilzwecken und wissenschaftlichen Zwecken bei der Lichtmessung und Walratkerngen betont. Die Hausenblase sei zu gewerblichen Zwecken nötig; beide Stoffe machten uns keine Konkurrenz, denn sie würden nur vom Ausland geliefert. Das finanzielle Ergebnis dieser Verzollung komme bei den geringen Mengen (Hausenblase 148 Doppelcentner Einfuhr) gar nicht in Betracht. Auch Abg. Götzein meint, daß der Zoll nur eine Erschwerung des Verkehrs bedeute.

Zu der Abstimmung wird die Vorlage angenommen. Ohne Diskussion werden erledigt die Positionen 142, 143 und 144, Schafwolle, Kamel- und andere Haare, ferner Pferdehaare, die im Entwurf Zollfrei gelassen sind. Die Vorlage findet einstimmig Annahme.

Pos. 145, Bettfedern, Regierungsvorlage 2 Mt., Pos. 146, Schmutzfedern, Regierungsvorlage 3 Mt., Pos. 147, Vogelbälge z., Regierungsvorlage 3 Mt.

Götzein beantragt, Bettfedern roh — frei, Bettfedern gereinigt z. 0.50 Mt.

Antzle beantragt, Sagan will eine Zusammenfassung der drei Positionen in eine einzige. Dieser Antrag wird abgelehnt. Darauf beginnt die Beratung mit der Verichterstattung über die Petitionen durch den Abg. Baasche. Dann schließt die Sitzung.

Nächste Sitzung Donnerstag 9 Uhr.

Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Kürzlich erschienen:

Konsum-Genossenschaften und Mittelstands-Politiker.

Amliche Denkschrift der sächsischen Regierung über die Besteuerung der Großbetriebe im Kleinhandel und die Verhandlung im sächsischen Landtag am 10. März 1902.

Mit einer Einleitung und einem Schlusswort.

Agitationsausgabe, 88 Seiten Groß-Oktav, Preis 25 Pfg.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Alle Zeitungs-Abnehmer nehmen Bestellungen an.

Reparatur-Werkstatt für Nähmaschinen aller Systeme Singer Co. Nähmasch.-Akt.-Ges.

Größtes und ältestes [8889] Nähmaschinen-Geschäft Deutschlands.

Auf der Pariser Weltausstellung wurde den Original-Singer-Maschinen der Grand Prix, der höchste Preis der Ausstellung, zuerkannt.

Zur gefl. Beachtung!

Alle von anderen Nähmaschinen-Geschäften unter dem Namen „Singer“ angebotenen Maschinen sind einem unserer älteren Systeme nachgebaut, welches hinter unseren neueren Systemen von Familien-Maschinen in Konstruktion, Leistungsfähigkeit und Dauer weit zurücksteht.



Photogr. App. m. Zubehör v. 1.-Mk. Statue aus Holz v. 1.50 "

Photographiere

mit Union-Platten 1/10 1.70 1/12 1.05

Arthur Wettwer, Leipzig, Burgstraße 22/24, vorm. Becker u. Wettwer.

Fahrrad-Mechaniker Frenzel

Zeltzer Str. 31 - Eisenbahnstr. 31 repariert, vernichtet, emailliert Fahrräder aller Fabrikate u. liefert alle Ersatzteile sachgemäß und billigst.

Neugebauer, stad. gebild., prakt. nicht geprüf., Praktikant d. Homöopathie u. Naturheilmethoden.

jetzt Königsplatz 1

Damenbinden

Keine Insektenplage mehr!

Niemals welche Capnal

ein anderes Mittel benutzen.

Drogenhandlung

Käufe und Verkäufe.

Gebr. Singer-Nähmaschinen

Barth, fürbe, Mk. 1.50, Goldfärbe 1.25, Tragfärbe mit Bändern Mk. 8.-

1 prachtl. Bettstelle, Matratze, Ober-, Unterbett u. Kissen, zusammen für 28 Mk. sofort zu verkaufen.

Barth, fürbe, Mk. 1.50, Goldfärbe 1.25, Tragfärbe mit Bändern Mk. 8.-

1 prachtl. Bettstelle, Matratze, Ober-, Unterbett u. Kissen, zusammen für 28 Mk. sofort zu verkaufen.

Barth, fürbe, Mk. 1.50, Goldfärbe 1.25, Tragfärbe mit Bändern Mk. 8.-

1 prachtl. Bettstelle, Matratze, Ober-, Unterbett u. Kissen, zusammen für 28 Mk. sofort zu verkaufen.

Barth, fürbe, Mk. 1.50, Goldfärbe 1.25, Tragfärbe mit Bändern Mk. 8.-

1 prachtl. Bettstelle, Matratze, Ober-, Unterbett u. Kissen, zusammen für 28 Mk. sofort zu verkaufen.

Barth, fürbe, Mk. 1.50, Goldfärbe 1.25, Tragfärbe mit Bändern Mk. 8.-

1 prachtl. Bettstelle, Matratze, Ober-, Unterbett u. Kissen, zusammen für 28 Mk. sofort zu verkaufen.

Barth, fürbe, Mk. 1.50, Goldfärbe 1.25, Tragfärbe mit Bändern Mk. 8.-

1 prachtl. Bettstelle, Matratze, Ober-, Unterbett u. Kissen, zusammen für 28 Mk. sofort zu verkaufen.

Barth, fürbe, Mk. 1.50, Goldfärbe 1.25, Tragfärbe mit Bändern Mk. 8.-

1 prachtl. Bettstelle, Matratze, Ober-, Unterbett u. Kissen, zusammen für 28 Mk. sofort zu verkaufen.

Barth, fürbe, Mk. 1.50, Goldfärbe 1.25, Tragfärbe mit Bändern Mk. 8.-

1 prachtl. Bettstelle, Matratze, Ober-, Unterbett u. Kissen, zusammen für 28 Mk. sofort zu verkaufen.

Vorsaalsohr., Bettst., Matr., Sofa, Waasch- Tisch bill. zu verk. Kl. Fleischergasse 25, I. I. Ober, Unterbett, 2 Kissen, wenig gebraucht, billig zu verkaufen. Kohlenstr. 14, III. I. 1 große Waschwanne umständl. bill. zu verk. Schönefeld, Leipziger Str. 12, II. r. Ein Sportwagen f. 4 Mk. zu verkaufen. Volkmarisdorf, Kirchstr. 50, pt. Rohr-Schwagen mit Verbot zu verkaufen. Lindenau, Kuelienstr. 10, S. I. r. Unterh. grüner Schwagen bill. zu verkaufen. Lindenau, Mittelstr. -15, I. Sehr guter Kinderwagen mit Gummireifen, zu verk. Volkmarisdorf, Ludwigsstr. 70, IV. v. Gebr. Kinderwagen m. Matr. billig zu verk. Neustadt, Ludwigsstr. 42, II. W. Ein fast neuer Kinderwagen u. Klappstuhl, 10 Mk. zu verk. Neustadt, Lutherplatz 8, IV. I. Ein noch guter, Kinderwagen bill. zu verk. Schönefeld, Leipziger Str. 42, pt. I. Ein Kinderwagen m. Matr. bill. zu verk. Kleinschöcher, Rautenhalber Str. 84, pt. r. Unterhalt. Kinderwagen m. Gummireifen, zu verk. Göhlis, Silbstr. 11, III. I. Ein dauerh. Kinderwagen f. 6 Mk. zu verk. Kleinschöcher, Windorfer Str. 88b, IV. r. Unterhalt. Kinderwagen zu verkaufen. Volkmarisdorf, Ewaldstr. 82, II. I. Ein Kinderwagen billig zu verkaufen. Göhlis, Braustr. 9, I. r. Fast n. Vornseidler-Infanterie, bill. zu verk. Wurzenstr. 14, Vordergasse 14. Elegantes Aquarium zu verkaufen. Sebastian Bach-Str. 82, S. II. W. Kanarienvogelchen zurucht bill. zu verk. Kanger, Weisenburgstr. 7, II. W. Fogerterler, 1/2 Jahr alt, bill. zu verk. Kleinschöcher, Antonienstr. 28, III. 1 Kanarienvogelchen verkauft Kleinschöcher, Schloßweg 15, I. Belg. Niesentanzchen-Kanarienvogel, ob. taufelange gleiche Geflügel, über. Erbsen. Gartenpumpe zu kaufen gesucht. Seidel, Gutrich, Rogbachstr. 22, I. r.

Wir haare kauft

Herm. Klaus, Nürnberger Str. 37, p.

Vermischte Anzeigen.

Tücht. Rockschneider gesucht.

Gebr. Rockmann, 2.-Reudnitz. Steuerreklamationen, Gnabengasse, Geflügel jeder Art zc. fertigt und Kuchkunst erteilt Mühlengasse 3, II. r. (3888) Wäsche (ganze Ausf.) nicht sauber und schön Plagwitz, Biegelstr. 28, II. Tüchtiger Putzmaurer gesucht Reudnitz Str. 14, II. r. Schneiderin für ein paar Tage gesucht Lindenau, Gutsmuthsstr. 19, I. r. Lernende für Damenschneiderei gesucht Thonberg, Kirchweg 8, III. r. Lernende für Damenschneiderei gesucht Lind., Karl Heine-Str. 40, III., Reinhard. Welt. Frau z. Aufw. gef. Zu erf. v. 6 Uhr abends an Göhlis, Hallestr. 25, III. I. Welt. unabh. saubere Frau zu Kindern gesucht Stötteritz, Augustastr. 4, pt. I. Fräuliches sauberes Mädchen wird zum 15. Mat gesucht (3887) Veitbovenstr. 11, Restaurant. Schneider sucht dauernde Stell. Dff. bitte einzuf. an G. Schulze, postl. Trebitz (Ebel). Junger Mann sucht Stell. als Arbeiter. Zu erf. Kanger, Weisenburgstr. 11, IV. I. Kräft. Schulj. sucht Stelle z. Wegelassen. Abr. Lindenau, Sopsitenstr. 7, I. I. 3. verb. Mann sucht dauernde Beschäft. irtgenwelder Art. Glodenstr. 3, III. I. Kräft. Ostermädchen vom Lande sucht Stellung. Lindenau, Josephstr. 16, II. r. Die von mir nachgezählte liebe Nachrede über Frä. A. Luoss nehme ich zurück, nachdem ich mich von deren Unwahrheit überzeugt habe. (3883) L. Schlenzig. Anna Gortler.

Wohnungsanzeigen.

Leutzsch, Barnecker Str. 7, per 1. Juli Wohn. m. Wasser, Was., Badeinr. im Pt. v. 200-400 Mk. Zu erf. beim Postler dahelst. Suche zu vermieten. Sommerw. Städtelstraße 81, III. W. Leere Stube u. Kammer sof. od. p. 1. 1/2 zu vermieten. Schönauer Weg 20, I. r. Gr. Pfensfr. Stube m. Kuchofen zu vermieten. Kleinsch., Wachsmuthstr. 20. Leere Pfensfr. Stube mit Kuchofen zu vermieten. Co., Ivenkauer Str. 2, IV. Frdl. möbl. Pfensfr. Stuben-Garçon-Herrn od. Dame v. St. Christ. Weiße-Str. 84, II. r. Frdl. möbl. Zimmer m. freier Aussicht zu verm. Neust., Mariannenstr. 2, III. r. Schlafstelle für 1 oder 2 Herren offen. Kleinsch., Baumannstr. 11, II. I. G. Junge Leute f. s. 1./7. Logis i. Preise v. 200-300 Mk. Dff. Nebestfr. 48, III. W.

Familienanzeigen.

Karl Luge die hergl. Glückwünsche zur Hochzeit. Die Kollegen vom Bau. Uns. Kollegen Albin Scherz v. J. dent. Geburtstage die besten Glückw. 2 Freunde? Uns. Oberförster Emil F. ... zu seinem 35. Wiegenfeste ein 35000 markiges Hoch, das das ganze Forthaus 7 Minuten lang wesentlich wackelt. Die wesentlichen Schlafzuschern und Stammbücher.



Wir empfehlen als sehr billig ganz vorzüglich unseren Merkantil-Entwickler. Derselbe arbeitet ziemlich rasch, völlig fehlerfrei und mobilisiert feinstens. Preis der Flasche concentr. Entwickler (mit der 4-fachen Menge Wasser zu verdünnen) 1/10 Str. 25 Pfg., 1/10 Str. 40 Pfg., 1/10 Str. 80 Pfg., 1/10 Str. 1.50 Mk., 1 Str. 2.80 Mk. Hoh & Rahne, Reichsstrasse 6 Spezialhaus für Photographiebedarf.

Billig! Billig! 25 Schränke

Sind einzeln mit 5 A Anzahlung u. wöchentlich 1 A Abzahlung abzugeben.

S. Osswald

Reudnitzplatz 7, I. gegenüber der Markthalle.

Sofort darauf zu warten.

Herrensohlen u. Abfahlfede v. 1.10 an Damensohlen u. Abfahlfede v. 1.50 an Kindersohlen u. Abfahlfede 0.80-1.50 Filderei, Schuhveränd. schnell, gut, billig Gummistricke 1 A. Dampfschnellschleifer Mühlengasse 7.

Gartengeräte.

Sägen, Beile, Hobel Wasserwagen. Spitz u. Radehacken. Schaufeln und Spaten. Verz. Drahtgestehte. Werkzeuge für Maurer Zimmerer, Tischler, Schlosser.

Möbel- und Baubeschläge.

Alwin Richter

Eisenwarenhandlung Reudnitz, Dresdener Str. 30 nahe am Rathaus. (701)

Curt Eule, Dresdener Str. 53

empfiehlt erstkl. Fahrräder zu bill. Preisen. Zubehörteile spottbillig, bei größter Auswahl. Lenkstangen, I. Qual., 4 5.50, Pedale v. 4 8.50 an, Aostylen-Lat. v. 4 2.80 an.

PEPSINOL gesetzl. gesch. PEPSINOL, neuestes Pepsin-Präparat, hergestellt aus chemisch-reinem Pepsin und wirksamsten aromatischen Kräutern, ist ein ganz hervorragender Magenbitter (Liquor). PEPSINOL bewirkt guten Appetit, indem es den Magen vermehrt Thätigkeit anregt. PEPSINOL ist ferner besonders bei Magenverstimungen zu empfehlen. Für Frauen und Mädchen, welche infolge Bleichsucht und ähnlicher Zustände an nervöser Magenschwäche leiden, ist PEPSINOL ein ganz vorzügliches Linderungsmittel. Dr. Walter Peters & Co., Leipzig Promenadenstrasse 35. • Telephon 4866.

Max Engelhardt Stötteritz, Arnoldstrasse 23, neben der Post Weiss-, Woll- und Schnittwarenhandlung

empfehlen sein reichhaltiges Lager in Tricotagen, Strümpfen, Handschuhen, Herren- u. Damenwäsche, Stickereien, Wertschafts- u. Tändelschürzen, Chemisettes, Aragen, Raufschellen u. Arawatten. Sämtliche Schneiderarbeiten. Schneiderinnen erhalten Rabatt. Anfertigungen nach Maß in kürzester Zeit. Großes Lager in Wachs- tuchen u. Restern zu billigen Preisen. Wachs- u. Schürzen für Frauen u. Kinder.

Cigarren, Cigaretten

und Tabak empfiehlt (5727) E. Kriebler, 2. Plagwitz Bismarckstr. 50. NB. Abonnements auf die Volkszeitung werden jederzeit entgegen genommen.

Ausverkauf.

10 Ctr. Tuch-Reste

hochfeine Qualität, verwendbar zu Herren- u. Knabenanzügen, Hosen, Damenröcken, Jacken, spottbillig, kleinere Reste 1-2 1/2 A. Nur während der Messe (3827) Gr. Floisberggasse, Gold, Elefant, 1 Tr. Schluss Sonntag nachm. 4 Uhr.

Für den Garten.

Silmerelen, Knollen, Stauden, Rosen, hochstämmig und niedrig, Beerensträucher u. Gemüsepflanzen empfehlen in vorzüglichen Qualitäten zu billigsten Preisen (3096)

Pabst & Kunert

Leipzig, Windmühlenstr. 23.

Alten Gummi

aller Art kauft stets große u. kleine Posten Hermann Wrück, Leipzig Sternwartenstraße 44. (3329)

Prima Landdecken 6.50 Mk., Prima Luftschläuche 5 Mk. Reparaturen an Fahrrädern schnell u. bill. Schneider & Seidel, Kurprinzstr. 16

Schwitzer für Herren

gibt billigst ab die Fabrik (3368) Weststrasse 67, pt.

Altes Gold

kauft z. höchst. Preisen Hermann Wrück, Leipzig, Sternwartenstr. 44, pt.

Hermann Baumann

2 Südstrasse 2 macht Freunde u. Genossen auf die billigen solid gefertigten Arbeits-Anzüge, Knaben-Anzüge, Schuhe u. Stiefel aufmerksam.

Monatsgarderobe.

J. Kindermann, Salzgäßchen 9, I. am Markt u. Rathaus. Empfiehlt in reicher Auswahl allerfeinste Frühjahrs-Kaletots, komplette Anzüge, alle Facens u. Westen. Eleg. Fracks u. Gesellschaftsanzüge, auch teilweise.